

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 3. Mai 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Der 6. Jahresabschluß der Arbeiterbank

Während alle anderen Banken stöhnen, daß sie die bisherige Dividendenhöhe nur durch Zugriff in die stillen Reserven aufrechterhalten haben, konnte die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, wie der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht für das am 31. Dezember 1929 abgelaufene sechste Geschäftsjahr zeigt, ihren Reingewinn verdoppeln, wieder eine Dividende von 10 Proz. auf das im Vorjahre verdreifachte Aktienkapital ausschütten und 800 000 Mark in Reserve stellen. Am Schlusse des vergangenen Geschäftsjahres war ein Einlagenbestand von 117 Millionen Mark vorhanden, der sich am Schlusse des Jahres 1929 auf über 163 Millionen Mark erhöht hat. Der Umsatz steigerte sich von 2,03 Milliarden Mark auf 2,78 Milliarden Mark und hat damit mehr als die doppelte Höhe des Jahres 1927 erreicht.

Die Aufrechterhaltung der Dividende von 10 Proz. bedingte diesmal, da im Vorjahre nur die alten Aktien in Höhe von 4 Millionen Mark dividendenberechtigt waren, während diesmal das erhöhte Aktienkapital von 12 Millionen Mark vollen Anspruch auf Dividende hatte, eine Aufwendung von 1 200 000 Mk. gegen 400 000 Mk. im Vorjahre. In welchem lebhaften Tempo die Steigerung der Einlagen erfolgte, möge der Hinweis zeigen, daß im Jahre 1924 erst 9 Millionen, ein Jahr später 21 Millionen, im Jahre 1926 eine Steigerung auf 36 Millionen und im Jahre 1927 Einlagen in Höhe von 79 Millionen Mark vorhanden waren. Im letzten Jahre war also eine Steigerung der Einlagen zu verzeichnen, die höher ist als die Steigerung vom Anfang des zweiten bis zum Ende des vierten Geschäftsjahres.

Die Verwendung der Einlagen ist, wie im Geschäftsbericht ausgeführt wird, nach den gleichen Grundsätzen erfolgt wie bisher. 58,5 Millionen Mark sind bei Banken angelegt, und zwar zu drei Vierteln bei der Reichsbank und anderen Staatsbanken sowie sonstigen öffentlichen Banken und zu ein Viertel bei Großbanken und ersten Privatbanken. 95,2 Millionen Mark sind gegen bankmäßige Deckung und nur 248 000 Mk. sind ohne Deckung ausgeliehen. Von den 95,2 Millionen Mark Schuldnern entfallen 56,6 Proz. auf öffentlich-rechtliche Institute, Kommunalverbände, staatliche und provinzielle Stellen, auf kommunale Wirtschaftsbetriebe, auf Sozialversicherungsinstitute. Rund 40 Proz. sind an Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft, wie Bauherrenorganisationen, Bauproduktionsbetriebe und sonstige der Güterproduktion oder der Güterverteilung dienende Organisationen ausgeliehen worden. Auch hier zeigt ein Vergleich mit den Vorjahren den glänzenden weiteren Aufstieg der Arbeiterbank. 1924 waren nur 4,4 Millionen, ein Jahr später 12,6 Millionen, 1926 schon 16,1 Millionen Mark ausgeliehen, 1927 waren es 42 Millionen, 1928 schon 61,9 Millionen Mark,

während im abgelaufenen Jahre 95,2 Millionen Mark, das ist glatt die Hälfte mehr als ein Jahr zurück, ausgeliehen werden konnten. Der Restbetrag der Einlagen ist in börsengängigen Wertpapieren angelegt, die wieder überwiegend aus festverzinslichen, meist mündelsicheren Papieren bestehen. Die Bewertung des Effektenbestandes erfolgt diesmal mit 9,4 Millionen Mark gegen 9,6 Millionen Mark im Vorjahre und ist, wie der Geschäftsbericht versichert, wieder sehr vorsichtig erfolgt, so daß darin stille Reserven liegen.

Der im Vorjahre erstmalig erschienene Posten „Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen“ ist mit 4,25 statt 4,1 Millionen Mark bewertet. Hierin liegt in der Hauptsache die Beteiligung bei der hannoverschen Boden-Kreditbank in Hildesheim, die ebenfalls kürzlich ihren Geschäftsbericht für 1929 veröffentlicht hat und wieder wie schon in den letzten fünf Jahren 12 Proz. Dividende verteilt. Der prozentuale Zuwachs des Gesamtumschlages an Pfandbriefen und Goldkommunalschuldverschreibungen beträgt 16,7 Proz., das ist wie im Vorjahre der größte prozentuale Zuwachs bei sämtlichen Hypothekendarlehen. Diese Zahlen bestätigen die Angabe des Geschäftsberichts, daß dieses Tochterunternehmen der Arbeiterbank sich bereits in nennenswertem Umfange die Endfinanzierung von Neubauwohnungen angelegen sein ließ. Insgesamt hat die Arbeiterbank im Berichtsjahre im Wege des Zwischenkredits 10 117 Wohnungen finanziert. Im Vorjahre war die Zahl mit 8650 angegeben.

Der ebenfalls im Vorjahre erstmalig ausgewiesene Posten „Konsortialbeteiligungen“ (Gemeinschaftsbeteiligungen) ist diesmal mit 3,7 Millionen gegen 2,1 Millionen Mark im Vorjahre bewertet. Die Filialen haben weiter günstig gearbeitet, insbesondere erwähnt der Bericht, daß die im Vorjahre neu errichtete Filiale in Bochum sehr erfolgreich tätig war. Die Sparkassenabteilung konnte eine weitere beträchtliche Zunahme der Einlagen verzeichnen, wenn auch infolge der gesamten Wirtschaftslage die Zunahme der Einlagen nicht in dem stürmischen Tempo der letzten Jahre fortgesetzt wurde. Die Höhe der Spareinlagen wird nicht besonders ausgewiesen, was sich vielleicht in Zukunft ermöglichen läßt. Ueberhaupt sollten die Einlagen, die jetzt nur nach der Fälligkeit gegliedert sind, in Zukunft ebenso in ihrer Unterteilung ausgewiesen werden, wie dies auf der Aktivseite mit den ausgeliehenen Beträgen geschehen ist.

Der Rohgewinn hat diesmal 4,4 Millionen Mark betragen gegen 2,8 Millionen Mark im Vorjahr. Davon entfallen aus den Erträgen des Zinsen- und Devisengeschäfts diesmal 3 Millionen Mark gegen 1,7 Millionen Mark in 1928; aus Provisionen konnten 1,05 Millionen gegen 0,7 Millionen Mark im Vorjahre vereinnahmt werden. Die Handlungsunkosten werden mit 1,9 Millionen statt 1,3 Millionen Mark

in 1928 ausgewiesen. Die Steuern haben 373 000 Mk. gegen 401 000 Mk. im Vorjahre betragen. Aus dem nach Abzug der Handlungsunkosten und Steuern einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre verbleibenden Reingewinn von 2,1 Millionen Mark hätte mit Leichtigkeit eine noch höhere Dividende als 10 Proz. auf das 12 Millionen Mark betragende Aktienkapital ausgeschüttet werden können. Der überschüssende Betrag wird zur Erhöhung der Reservekonten um 800 000 Mk. verwendet. Der Reserve- und Spezialreservecfonds beträgt jetzt zusammen 2,5 Millionen Mark gegen 1,7 Millionen Mark im Vorjahre, also mehr als ein Fünftel des Aktienkapitals. Es verbleibt dann schließlich noch ein Betrag von 109 000 Mk., der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Das Gesamtbild des diesjährigen Abschlusses der Arbeiterbank ist demnach wieder ein hochoberfreudliches.

Bemerkenswert ist, daß der Teil des Geschäftsberichts, der sich mit der allgemeinen Lage befaßt, von einem großen Teil der Handels- und Börsenpresse einfach totgeschwiegen wird, während man sich sonst nicht genug tun kann und die abgedroschensten Unternehmerphrasen wie sie in den meisten Jahresberichten immer wiederkehren, möglichst in Fettdruck wiedergibt. Nach Ansicht der Geschäftsleitung der Arbeiterbank ist das aufgelaufene Jahr durchaus nicht als ein Krisenjahr zu bezeichnen. Produktionsindex, Außenhandelsziffern,

die wesentliche Steigerung der Kopfleistung der Arbeiter, besonders in der Schwerindustrie und die dadurch bedingte Steigerung der industriellen Leistungsfähigkeit zeigen ein anderes Bild. Es sei volkswirtschaftlich zu bedauern, daß sich die Rationalisierungserfolge nicht in entsprechender Senkung der Preise ausgedrückt haben. Die Preisentwicklung habe sich nur dort dem Konjunkturverlauf angepaßt, wo keine Durchorganisierung der Wirtschaftszweige erfolgt ist, also bei den Verbrauchsgüterindustrien. Es könne keine Rede davon sein, daß die innere Kapitalbildung in bedingentlichem Maße zurückgegangen sei. Der kritische Charakter der Depression habe sich vielmehr aus der starken Stöckung der Kapitaleinfuhr ergeben und die unzweckmäßige Haltung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen habe zur Verschärfung der Lage beigetragen. Diesfach seien eingeführte Kapitalien und auch im Inland aufgebrauchte Gelder falsch angelegt worden, oft sei bei dem Ausmaß der Rationalisierung die Rücksicht auf die Absatzmöglichkeiten für die erweiterten und vergrößerten Betriebe außer acht gelassen worden.

Der Geschäftsgang in den ersten Monaten des laufenden Jahres zeigt, wie in der Generalversammlung ausgeführt wurde, eine stetige Fortentwicklung des Unternehmens, so daß ein ebenso befriedigender Abschluß auch für das Jahr 1930 zu erhoffen ist.

J. Fries.

Schul- und Berufsausbildung als Voraussetzung zur Rentengewährung

Die Invalidenversicherung und auch die Unfallversicherung haben in bezug auf die Gewährung der Kinderzuschläge zu den Renten und in bezug auf die Zahlung von Waisenrenten dieselben Vorschriften. Sowohl in der Unfall- als auch in der Invalidenversicherung werden die Kinderzuschläge und die Waisenrenten bis zum vollendeten 15. Lebensjahre gewährt. Erhalten die Kinder über dieses Alter hinaus weiter Schul- oder Berufsausbildung, so werden Kinderzuschläge und Waisenrenten weiter gewährt. Die Zahlung geschieht dann so lange, als diese Ausbildung dauert. Ueber die Vollendung des 21. Lebensjahres hinaus kommt jedoch auch hier die Rentengewährung nicht in Frage. Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ob diese Vorschriften glatt und einfach in die Praxis umgesetzt werden können. Dies ist jedoch nicht so. Gerade die Durchführung dieser Bestimmungen stößt immer wieder auf Schwierigkeiten. Es liegt dies darin, daß die Begriffe der Berufs- und Schulausbildung im Gesetz selbst nicht näher erläutert sind. Was ist unter Berufs- oder Schulausbildung zu verstehen? Das ist die Frage, die heute noch vielfach strittig ist. Für die Versicherten ist die Auslegung von der allergrößten Wichtigkeit, hängt doch von ihr die Weitergewährung oder Einstellung des Kinderzuschusses bzw. der Waisenrente ab. Ueber die Auslegung der beiden Begriffe sind vom Reichsversicherungsamt (RVA.) eine ganze Anzahl Entscheidungen gefällt. In den folgenden Zeilen sollen diese einmal zusammengestellt bzw. besprochen werden. Es ist dies unbedingt notwendig, um die Versicherten vor Nachteilen zu bewahren und um ihnen Fingerzeige zu geben, die sie in eigenen Streitfällen gegebenenfalls verwenden können.

Eine Berufs- oder Schulausbildung liegt dann vor, wenn das Kind eine Ausbildung zu einem Berufe entweder durch Unterweisung in einer Lehre oder durch Unterricht in einer Schule erhält. Ob der zu ergreifende Beruf während dieser Ausbildung schon endgültig feststeht, darauf kommt es nicht direkt an. Als Voraussetzung kann angenommen werden, daß die Ausbildung, sei es nun Lehre oder Schule, die Zeit und die Kräfte des Kindes ausschließlich oder wenigstens überwiegend in Anspruch nimmt. So kann beispielsweise der Besuch einer Schule, die nur wenige Stunden in der Woche in Anspruch nimmt, nicht als Schulausbildung im Sinne dieser Vorschriften anerkannt werden. Sie wäre es nur dann, wenn sich das Kind auch in der übrigen Zeit für einen Beruf vorbereitet. Ist dagegen das Kind während der übrigen Zeit anderweit, etwa als ungelerner Arbeiter, Hausbursche usw. beschäftigt, so liegt die Voraussetzung zur Gewährung des Kinderzuschusses bzw. der Waisenrente nicht mehr vor.

In einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 2. Oktober 1928 ist ausgeführt: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Berufsausbildung auch von der Mutter gewährt werden kann.

Ein schriftlicher Lehrvertrag ist nicht zwingende Voraussetzung für die Annahme einer Berufsausbildung.“

Sehr wichtig ist eine Entscheidung vom 6. Dezember 1928: „Der Anspruch auf Waisenrente wegen Berufsausbildung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Waise Geld- oder Sachbezüge von dem Lehrherrn erhält.“ Diese Entscheidung gilt natürlich sinngemäß auch für die Gewährung des Kinderzuschlages zur Invalidenrente. Hieraus geht hervor, daß die Gewährung der Waisenrente bzw. des Kinderzuschusses über das 15. Lebensjahr hinaus ohne Rücksicht darauf geschehen muß, ob das Kind ein Entgelt bezieht. Die Gewährung kann und darf erst dann eingestellt werden, wenn das Entgelt des Kindes so hoch ist, daß man von einer überwiegenden Ernährung desselben durch den Rentenempfänger oder einen Dritten nicht mehr sprechen kann.

Eine andere Entscheidung (23. November 1928) hat den Grundsatz aufgestellt, daß es für die Auslegung des Begriffs der Berufsausbildung ohne Bedeutung ist, wie lange dieselbe dauert. Es heißt in der Entscheidung: „Das Vorliegen einer Berufsausbildung kann nicht deshalb verneint werden, weil sich die Ausbildung nicht auf mehrere Jahre erstreckt, sondern schon in verhältnismäßig kurzer Zeit abgeschlossen ist.“

Von nicht geringer Bedeutung ist auch die Rechtslage, daß die Berufs- oder Schulausbildung nicht unbedingt schon bei Vollendung des 15. Lebensjahres begonnen haben muß. Es ist vielmehr auch angängig, daß mit der Zahlung des Kinderzuschusses oder der Waisenrente mit Vollendung des 15. Lebensjahres aufgehört wird. Tritt das Kind dann später wieder in Berufs- oder Schulausbildung ein, so muß dann auch wieder mit der Zahlung der Rente begonnen werden.

Eine ganze Anzahl von Entscheidungen beschäftigt sich damit, ob eine Tätigkeit in der Hauswirtschaft als Berufsausbildung angesehen werden kann. Man wird diese Frage nur von Fall zu Fall beantworten können. Allgemein geht man von dem Standpunkt aus, daß eine Ausbildung in der Hauswirtschaft nur dann als Berufsausbildung angesehen werden kann, wenn sie zu dem Zweck erfolgt, daß der Lernende die erworbenen Fähigkeiten später beruflich gegen Entgelt verwertet. Geschieht die Ausbildung nur zu dem Zweck, später einmal den eigenen Haushalt führen zu können, so kann man von einer Berufsausbildung im Sinne der Reichsversicherungsordnung nicht reden. Ob es dann dem Lernenden auch wirklich gelingt, die erworbenen hauswirtschaftlichen Kenntnisse auch beruflich gegen Entgelt zu verwerten, kann während der Lehrzeit ja niemand wissen. Es ist dies auch für die Gewährung der Versicherungsleistungen ohne Bedeutung. Es genügt, wenn während der Ausbildung die Absicht besteht, später einen entsprechenden Beruf auszuüben.

Kl—s.

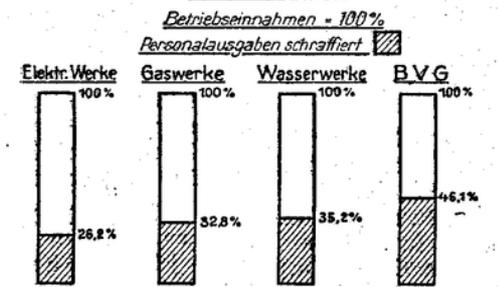
Betriebseinnahmen und Personalausgaben bei den Berliner Städtischen Werken, im besonderen bei der BVG.

I.
Bei dem Abschluß von Tarifverträgen zwischen Angestellten und Arbeitern auf der einen Seite, Unternehmern auf der anderen Seite werden die Gewerkschaften versuchen, in einer Stadt oder einer ganzen Provinz die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für sämtliche Arbeiter derselben Kategorie zu erreichen. Demgegenüber erklären die Unternehmer meistens, daß die wirtschaftliche Lage der Gewerbe zu sehr voneinander abweiche, als daß derselbe Arbeiter in verschiedenen Betrieben denselben Lohn usw. erhalten könnte. Ein Schlosser in einer Maschinenfabrik wird anders bezahlt als ein Schlosser in einem Hüttenwerk, auch wenn die Tätigkeit der beiden sehr ähnlich ist. Bei den kommunalen Betrieben ist der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer lange nicht so schroff, wie bei privatkapitalistischen Unternehmungen. Ganz aus der Welt schaffen läßt sich der Gegensatz nicht. Auch die Gehalts- und Lohnsätze werden bei den verschiedenen kommunalen Betrieben Unterschiede aufweisen. Die Arbeitnehmer könnten zwar mit einem gewissen Recht fordern, daß die Arbeiter derselben Stadt nach den gleichen Grundätzen bezahlt werden; denn sie stehen alle bei demselben Arbeitgeber in Dienst und sie unterliegen alle denselben Lebensbedingungen, wie Höhe der Mieten, Preise der Lebensmittel usw. Dem steht aber gegenüber, daß die einzelnen kommunalen Betriebe in einer sehr verschiedenen wirtschaftlichen Lage sich befinden. Im folgenden gebe ich eine Untersuchung wieder, die ich über die Betriebseinnahmen und die Personalausgaben bei den Berliner Städtischen Werken im Jahre 1929 angestellt habe. Unter den Städtischen Werken sind hier verstanden: Die Gas-, die Wasser-, die Elektrizitätswerke und das Verkehrsunternehmen, die BVG. Diese vier Unternehmungen sind sämtlich mit 100 Prozent ihres Kapitals im Besitze der Stadt Berlin. Die genannten Unternehmungen haben zusammen 44000 Angestellte und Arbeiter. Davon entfallen auf die Elektrizitätswerke 7500 Personen, auf die Gaswerke 7500, auf die Wasserwerke 1900, auf den Verkehr 27000. Die Gesamtbelegschaft der BVG. allein ist also ebensoviele, wie die der übrigen drei Städtischen Werke zusammen. Meine Untersuchung setzt die Personalausgaben der Werke in Beziehung zu ihren Betriebseinnahmen. Unter Personal-

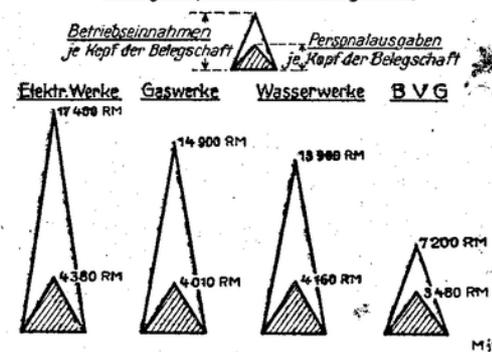
beiträge, Ruhegehälter u. dergl. Unter Betriebseinnahmen sind verstanden: Die Haupteinnahmen der Werke, die aus deren eigentlichem Geschäftszweck, also dem Verkauf von Wasser, von Elektrizität usw. stammen. Nebeneinnahmen, wie Einkünfte aus Mieten, aus Zinsen, aus Reklamen usw. sind bei dieser Untersuchung als Einnahmen nicht berücksichtigt.

Die Untersuchung stellt eine doppelte Beziehung her zwischen den Personalausgaben auf der einen Seite, den Betriebseinnahmen auf der anderen Seite: Erstens sind die Personalausgaben als Ganzes in Vergleich gesetzt zu den Betriebseinnahmen als Ganzes. Zweitens sind die Betriebseinnahmen und die Personalausgaben beide für den einzelnen Kopf der Belegschaft errechnet. Mit anderen Worten, es ist die Gesamtsumme der Betriebseinnahmen und die Gesamtsumme der Personalausgaben dividiert durch die Gesamtzahl der Belegschaft (Angestellte und Arbeiter zusammengenommen). Diese zunächst noch nicht verständlichen Angaben werden im Laufe der weiteren Darstellung ganz klar werden. Bevor ich nun zu meiner eigentlichen Untersuchung komme, möchte ich betonen, obgleich es eigentlich selbstverständlich ist, daß die Personalausgaben natürlich nicht die einzigen Ausgaben sind, die aus den Einnahmen der Betriebe zu decken sind. Man kann die Gesamtausgaben der Unternehmungen in folgende vier Hauptkategorien unterteilen: 1. Die Personalausgaben, das sind die Gehälter und Löhne einschließlich der sozialen Lasten. 2. Die Sachausgaben, das sind die Aufwendungen für alle Betriebsstoffe (Kohlen, Benzin, elektrischen Strom usw.) und für alle Reparaturteile. Zu den Sachausgaben sollen hier der Einfachheit halber auch noch Verwaltungsausgaben, Steuern und dergleichen gerechnet werden. 3. Der Kapitaldienst, das ist die Verzinsung und Tilgung der aus den Betrieben ruhenden Schulden. 4. Die finanziellen Leistungen der Unternehmungen für die Stadtkasse, das sind ver-

Personalausgaben in Prozent der Betriebseinnahmen im Jahre 1929.



Betriebseinnahmen und Personalausgaben im Jahre 1929, beide je Kopf der Gesamtbelegschaft.



schiedene Abgaben von den Bruttoeinnahmen sowie der jährliche Reingewinn, die beide der Kammerverwaltung zustiegen.

Die Kunst der Wirtschaft besteht darin, die Einnahmen und die Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Aus den Betriebseinnahmen müssen nicht nur die Personalausgaben, sondern auch die anderen drei vorstehend genannten Hauptkategorien der Ausgaben gedeckt werden. Der Vergleich zwischen Betriebseinnahmen und Personalausgaben ist deshalb ein unvollständiger und einseitiger Vergleich, er ist aber trotzdem interessant und fruchtbar.

Man kann das Ergebnis der Untersuchung folgendermaßen in Worten ausdrücken: Das Verhältnis der Personalausgaben zu den Betriebseinnahmen ist bei den verschiedenen städtischen Unternehmungen verschieden. In dem Maße, wie der prozentuale Anteil der Personalausgaben wächst, sinken die durchschnittlichen Personalausgaben, das sind die Löhne und Gehälter nebst sozialen Lasten, je Kopf der Belegschaft. Dort, wo die Betriebseinnahme je Kopf der Belegschaft den größten Wert erreicht, ist auch das Durchschnittseinkommen des einzelnen Mitglieds der Belegschaft am höchsten. Die Elektrizitätswerke und das Verkehrsunternehmen, die BVG., sind in diesem Zusammenhang zwei entgegengesetzte Extreme. Es betragen:

1. Betriebseinnahmen und Personalausgaben der Berliner Städtischen Werke im Jahre 1929.

Name des Werkes	Gesamte Betriebseinnahmen in Mill. Mk.	Summe der Gehälter u. Löhne einschl. sozialer Leistungen in Mill. Mk.	Spalte 3 in Prozent von Spalte 2
Elektrizitätswerke	130,05	34,12	26,2
Gaswerke	111,10	36,53	32,8
Wasserwerke	26,41	9,31	35,2
BVG.	204,21	94,44	46,1

2. Betriebseinnahmen und Personalausgaben der Berliner Städtischen Werke im Jahre 1929, beide je Kopf der Belegschaft.

Name des Werkes	Betriebseinnahmen je Kopf der Belegschaft in Mk.	Personalausgaben je Kopf der Belegschaft in Mk.
Elektrizitätswerke	17 400	4 380
Gaswerke	14 900	4 010
Wasserwerke	13 900	4 160
BVG.	7 200	3 480

	bei den Elektrizitätswerken	bei der BVG.
Der prozentuale Anteil der Personalausgaben an den Betriebseinnahmen	26,2%	46,1%
Die durchschnittliche Betriebseinnahme je Kopf der Belegschaft	17 400 Mk.	7 200 Mk.
Die durchschnittliche Personalausgabe je Kopf der Belegschaft	4 380 Mk.	3 480 Mk.

ausgaben sind verstanden: Sämtliche Gehälter und Löhne einschließlich der sozialen Lasten, also einschließlich Versicherungs-

Ein Wille, ein Weg, ein Ziel

Wir sind ein Volk in Not! Ein Satz, der dem einzelnen seinen Sinn nur schwer erschließt — und ein Satz, der ihn doch so nahe angeht: in ihm sieht auch die Drohung seines Schicksals widerspiegelt und weiß, wenn es ihn heute kalt läßt, es ihm einmal bitter auf den eigenen Nägeln brennen könnte.

Ja! Wir sind ein Volk in Not! Wer in den Steinmauern der Städte lebt, wer Tag und Nacht mit der Erdscholle ringt, wem der Arbeitsplatz, die Werkstätte nur Lebensnotwendigkeit sein muß —, der weiß es trotzdem nicht, wenn er es auch ahnt, welches Gesicht und welches Gewicht diese Allgemeinnot hat. Der weiß es trotzdem nicht, daß sie viel bitterer drücken, viel lähmender wirken, viel tiefer zerstören kann als die Not, die der karge Verdienst mit sich bringt. Wenn über ein ganzes Land die Not geht, geht sie langsamen Schrittes: Generationen nimmt sie mit und nicht Wochen, nicht Monate, ja nicht Jahre tilgen ihre Dauer. Und sie zerstört wesentlich Verbundenes und untrennbar Verwachsenes. Sie verwischt das Gesicht und die Hoffnung. Sie ist fürchtbar für die, die ihre Krallen packt; sie zermalmt mit grausamer Schonungslosigkeit und Gründlichkeit. Sie trägt das Schicksal eines ganzen Volkes in sich. —

Jede wirtschaftliche Not führt zu politischem Radikalismus. Das war und wird immer so bleiben. Aber der Arbeitnehmer soll klug genug sein und seine gemeinsame Not, seine gemeinsame Deklassierung für ernst genug halten und sie nicht verknüpfen mit Raisonnements politischer Art, die mit dieser Not nur sehr zweifelhaft Verbundenes zeigen. Er sollte sich fragen, was er dabei gewinnen kann, wenn er den Leuten und den Kreisen, die gegen den heutigen Staat, die Republik und ihre Verfassung eingestellt sind, erlaubt, an seiner Not das Feuer ihres Hasses zu schüren. Er sollte dabei auch die aufmerksam prüfen, die sich in die erste Reihe drängen, wenn er seine Freunde sucht.

Wer z. B. die Agitation, die verschiedene Parteien entfalten, unter die Lupe nimmt, der merkt bald, daß sie zum größten Teil von machtpolitischen und zum geringsten Teil von gemeinwirtschaftlichen Argumenten bestimmt wird. Nichts schädigt aber die Arbeitnehmererschaft mehr, als dieser Zwiespalt zwischen den wirklichen Interessen und den dunklen Spekulationen so mancher, die sich als ihre Führer empfehlen. Sie desavouieren die Not des Proletariats und sabotieren sein Gemeinschaftsgefühl; sie untergraben, bewußt und unbewußt, die Kampf- und Schlagkraft, die die kompakte Masse unter einer ehrlichen und zielsicheren Führung hat. Wir haben keine Zeit und keinen Sinn mehr für blinde Reaktion und unedle Revolutionierung. Es hat den deutschen Arbeitnehmern erheblich geschadet und viel Mißverständnis und Mißtrauen in ihre Reihen getragen, daß sie zum Teil ihren politischen Rückhalt bei den Parteien suchten, die in Opposition stehen — zum Teil ganz abseits blieb. Eine derartige Einstellung unfruchtbarer politischer Resignation und erfolgloser politischer Obstruktion können und dürfen wir uns in unserem Interesse nicht leisten. Der zurzeit bestehende wirtschaftliche und politische, nicht wegzutauschende Rückstand, sollte ein drohendes Menetekel für uns sein und müßte die KPD. zu der Ueberzeugung bringen, daß sie an diesen Dingen nicht ganz schuldlos ist, da sie durch ihr politisches Bündnis mit Rußland die Kampfkraft des deutschen Proletariats geschwächt hat.

Wir brauchen eine Kritik — aber eine Kritik der sachlichen Einstellung; wir brauchen eine Opposition — aber eine Opposition, die aufbauen und nicht nur abreißen will. Raften heißt rösten! Opposition und Kritik aber, wie wir sie heute haben, schwächen unsere Kampfkraft!

Wir müssen der Kapitalherrschaft eine geschlossene, kampffrohe Phalanx entgegenstellen. Kämpfer aus Prinzip, Kämpfer, die zum Bewußtsein ihrer wirtschaftlichen Macht und ihrer gesellschaftlichen Gleichstellung erwacht sind. Der jetzige Kampf ist Ausdruck und Ausdruck einer Krise, die auf uns allen lastet und bei der es sich entscheidet, ob wir ihn siegreich bestehen, oder ob wir in der gigantischen Rationalisierung, die die ganze Welt erfährt hat und nicht mehr loslassen will, untergehen sollen. Es kommt jetzt darauf an, die zum Teil verlorengegangene Verbundenheit innerhalb der deutschen Arbeitnehmererschaft wieder herzustellen.

Aus unseren Irrtümern müssen wir lernen. Wir müssen aber auch lernen, diese Irrtümer einzugestehen. Eine solche Einsicht bringt nie zurück; sie lähmt nicht — nein, sie verdoppelt unsere Kräfte. — Wir sind Kämpfer aus Prinzip! Selbstbewußtsein, Erkenntnis und Not sind unsere Waffen, Organisationszugehörig-

keit unser Schild; die Liebe zur Idee und der Wille zur Einigkeit die Wege zum Erfolg. Fort mit dem ungesunden Egoismus und Ehrgeiz, der persönlichen Befangenheit und Feigheit, der Selbstsucht, Unzufriedenheit, Temperaments- und Hoffnungslosigkeit, dem Unglauben, Spott und Hohn sowie aller kleinlichen Mörgelei. Fort mit diesen Kardinalsfehlern einer sich der Idee bewußteren Masse. Sie hemmten und unterbanden den Erfolg. Sie stellten sich, bewußt und unbewußt, den Leuten entgegen, die, erfüllt vom gleichen Willen und Glauben um den Erfolg, um den Sieg rangen. Viele dieser Kämpfer sahen das Land nicht mehr, das ihre Hoffnung und ihr Wille beackern wollte: in der Unendlichkeit des Vergessens führten sie ein vergrämtes und qualvolles Leben und starben einen unbekanntem Tod. Und — trotz alledem; andere sprangen in die Bresche. Wenn sie auch von dem Schicksal, das die anderen gefällt hatte, wußten: mit gleichem Mut, gleicher Selbstverständlichkeit führten und führen sie den Kampf. Dieser Männern und Frauen, die aus tiefstem und reinstem Idealismus sich immer und immer der Sache des Proletariats annehmen, wollen wir durch den Willen zur Einigkeit unsere Sympathie beweisen. Jeder kühnen Tat, die Lehtes wagt, brachten und bringen wir unsere Wünsche entgegen; unserer gemeinsamen Tat, die Einheitsfront der Arbeitnehmer zu schmieden, ist nicht mit Wünschen gebietet: hier heißt es, alles zurückstellende Mitarbeit!

Gewiß, jede große Tat mutet bei ihrem Beginn oft wie ein Spiel an, denn auf allen ihren Wegen ist der Zufall Begleiter. Ja — jede große Tat erfordert auch ihren Tribut: kein Erfolg wurde ohne Opfer erkämpft. Diesen Bann können wir brechen, wenn die Gewißheit sich vom Zweifel löst und der Zufall nicht beim Erfolg bleibt. Der Erfolg gab immer noch den Leuten recht, die die Tat gewagt. Nur darf ein Erfolg nicht die Idee als gesichert betrachten. Dieses festzustellen, heißt nur warnen, den Sinn der Tat und des Erfolges zu verkennen. Der Sinn der Tat ist nicht nur Bresche in die fast unüberwindlichen Mauern des Kapitals und einer verkehrten Gesellschaftsordnung zu schlagen; der Sinn der Tat, das große Ziel des Kampfes, bedingt vollständiges Schleifen dieser Mauern.

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg und bis dahin muß vor Auswüchsen, die der Idee zum Schaden gereichen, gewarnt werden. — Den Weg in die Zukunft wiesen uns einige herausgegriffen aus der großen Menge der Kämpfer: Marx, Casselle, Engels, Bebel, Liebknecht, Ebert, Legien. Hinter den heutigen Kämpfern steht der Antriebs erster Erfolge und stehen vor allem die Erfahrungen des Gestern. Menschlicher Wille und kampffroher Idealismus schufen ein Ackerland, auf dem wir säen können und im Laufe einer Zeitspanne, die kürzer ist, wenn wir wollen, voll ernten dürfen.

Wir wollen den Männern danken, die Kämpfer und Wegbereiter waren; die im Gegenwartskampf das schwer Errungene zu behaupten, befestigen und auszubauen haben und denen, die in der Zukunft das Erreichte klug und sachlich verwalten sollen. Wir wollen ihnen dadurch danken, daß wir den Willen zur Einigkeit Tat werden lassen. Nur ein einiges Proletariat ist stark und kann auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet zu seinem Endziel gelangen. Eine Etappe zu diesem Endziel ist der Zusammenschluß unserer vier Organisationen zum Gesamt-Verband. Möchten bald weitere folgen. Ein Wille! Ein Weg! Ein Ziel!

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Duesnah Generaldirektor der Reparationsbank. Der Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich wählte am 22. April Mac Garay zum Präsidenten des Verwaltungsrats und den Direktor der Bank von Frankreich, Pierre Duesnah, zum Generaldirektor der internationalen Bank. Der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Luther, protestierte vergeblich gegen die Wahl eines Franzosen. — Zum Stellvertreter des Generaldirektors wurde der deutsche Reichsbankdirektor Hülfse gewählt.

Reichsregierung hob die Unterstützungssperre gegen Thüringen am 16. April auf, nachdem zwischen beiden Regierungen darüber verhandelt worden war.

Die Mittel für die Heimvolkshochschule Linz hat die thüringische Regierung um zwei Drittel gekürzt, obwohl der Landtag bisher die Streichung nicht genehmigt hat. Die Reichsregierung ist dafür eingezwungen und wird den Beitrag vom thüringischen Staat zurückfordern.

Berlin

Berlin und die Berliner

Lieber Leser! Wenn du geborener Berliner bist, kannst du ruhig diese Zeilen lesen. Du bist nicht empfindlich und verstehst, wenn manchmal jemand „durch den Kakao gezogen“ wird; denn — das tust du selber ganz gern! Solltest du aber ein zugewandter Berliner sein, so schlage lieber diese Seite um, vielleicht fühlst du dich sonst gerade im Porträt getroffen und — das tut manchmal weh.

Man weiß, daß der „Saupreiß“ (lies: Berliner) in der bawarischen Beurteilung keine rechte Gnade findet; aber auch in der Beurteilung der sonstigen „Provinz“ hat die deutsche Metropole einen recht zweifelhaften Ruf, und selbst im eigenen Stadtbezirk beschuldigt man sich gegenseitig einer „großen Schnauze“. Natürlich immer der andere Berliner will alles besser wissen! Dieser (freilich ungerechtfertigte) Ruf des Berliners ist aber nicht nur in der Provinz vorhanden, sondern er strahlt über Grenzen und Meere bis ins Ausland; denn hier macht sich angeblich sein mehr voreiliges als trefflicheres Urteil etwa in folgender Weise Luft: „Bei uns in Berlin ist alles schöner, größer, besser, gewaltiger, billiger, sauberer“ usw. Man sagt also dem Berliner nach, er leide an der Vergleichskrankheit und er will sich nicht in den Gedanken hineinversetzen, daß es im Ausland in erster Linie anders, aber nicht in allen Fällen schlechter ist, als in seinem geliebten Berlin. Tatsache ist, daß der Berliner und besonders der eingewanderte Berliner mit raschem Blick unsehbar erfährt und erkennt die Mängel und Schwächen der anderen Menschen und Städte oder sonstiger Objekte seiner kritischen Gelüste. Daß aber auch „bei uns“ manches verbesserungsbedürftig ist, wird nicht geleugnet. Der Streit geht nur darum, wer es bessermachen kann und wer es bessermachen soll. Wer ist schuld? Immer „der andere“!

Nach dieser überkritischen Einseitigkeit muß nun doch auch etwas Anerkennendes gesagt werden. Also: die „oppositionelle“ Einstellung bei Verbandstagen (z. B. bei Beitragserhöhung); der Berliner Delegierten aller Gewerkschaften gehört dem vergangenen Zeitalter an. Damit fallen aber auch die manchmal abfälligen Reden der Provinzler zusammen. Sie waren oft der Meinung: was kann schon ein Berliner an guten Vorschlägen bringen; seine Anträge müssen „grundsätzlich“ abgelehnt werden!

Wir wollen hier jedoch lieber nicht verbandspolitisch werden und uns mehr auf allgemeine Dinge beschränken. Also: Berlin hat besonders im letzten Jahr viel aushalten müssen. Seine Stadtväter sollen schwer gesündigt haben, und durch die Nachwehen der Sklarek-Affäre und der Busch-Schiebungen ist unser Ruf ein wenig ramponiert. Schuldige und Unschuldige werden von einer hemmungslosen Presse in der öffentlichen Meinung derart kategorisch vermöbelt und herabgesetzt, daß kein Hund von ihnen einen Bissen nehmen möchte. Jetzt sucht man mit Hilfe des neuen Geschenkturfs für Groß-Berlin einen starken Mann, der mit eisernem Besen auskehren und den ganzen Laden allein schmeißen kann. Warten wir ab, ob das Experiment zustande kommt und — ob es gelingt?

Aber wenden wir uns einem anderen Kapitel zu: Der Berliner Verkehr und sein Tempo! Wenn du, lieber Leser, es gewöhnt bist, im geruhigen Schritt in Hamburg die Richtgassen zu durchstrolchen, um fast zu gleicher Zeit mit der Elektrischen anzukommen, mit der du nämlich dreimal umsteigen müßtest, um zum Ziel zu kommen, wenn du im Pleiße-Athen gemächlich über den Augustus-Platz schlurkst, so hat der Berliner hierfür wenig Verständnis. Bei uns heißt es: lieber Umwege, wenn es nicht anders sein kann, aber Tempo! Ob bei der Akkordarbeit am laufenden Band oder beim Vergnügen oder im Verkehr! Unsere Kollegen Kraftwagenführer sausen um die Ecke und — wenn du als Provinzler kaum richtig zur Besinnung gekommen bist, ist dir schon der große Zeh abgefahren — wenn es gut geht! . . .

* * *

Aber diese Anti-Berliner Epistel muß jetzt auf ein anderes Gleis geschoben werden. So komme ich dir also literarisch, lieber Leser. Vielleicht entsinnst du dich des friedfertigen, harmlosen Humors, den Glatzbreuner in der Mitte des vorigen Jahrhunderts über die Berliner losließ. Ob es sich nun um den Straauer Fischzug oder um einen Eckensteher drehte, sein Witz war kauzisch-sarkastisch, und vor allen Dingen, es war Berliner Dialekt.

Dann muß man schon einen großen Sprung tun, um zum grimmig-satirischen Dichter Arno Holz zu kommen, der kürzlich verstorben ist. Er schuf in den neunziger Jahren im Berliner

Dialekt sein auch heute noch lesenswertes und wichtiges Werk über die mit den Arbeitern sympathisierenden „Sozialaristokraten“, die darin drastisch verhöhnt wurden, selbst ein Bruno Wille wurde dabei nicht gesont.

Nun aber ist uns in den letzten Monaten auf dem Gebiet der scharfen Berliner Dialekt satire ein neuer Mann erstanden, der bekannte Dichter und Frauenarzt Alfred Döblin, mit seinem Roman „Berlin-Alexanderplatz“, von dem wir weiter hinten eine kleine, freilich unzulängliche Kostprobe geben. Es verlohnt sich, bei diesem Roman etwas zu verweilen. Er spielt sozusagen in der Berliner Verbrecherwelt.

Ein einfacher Mann, ehemaliger Zement- und Transportarbeiter, Franz Biberkopf, hat im Jähzorn seine Geliebte erschlagen. Nach vier Jahren kommt er nun von Tegel zurück und weiß mit der Großstadt vorerst nichts Rechtes anzufangen. Er will auf jeden Fall anständig bleiben. Und so beginnt er als Straßenhändler am Alexanderplatz. In die Fabrik mit ihrem zwingenden Arbeitsrhythmus zu gehen, widerstrebt ihm. Obwohl es ihm zunächst wirtschaftlich leidlich gut geht, gerät er wiederum in einen Kampf mit dem Schicksal, das seinen Lebensplan umwirft. Er kommt naturgemäß durch seine früheren Freunde wieder in die Berliner Unterwelt der Münzstraße. Hier wird er sozusagen gewaltsam in die Verbrecherwelt hineingestoßen, und, ähnlich etwa wie in der Drei-Groschen-Oper von Brecht, vermag der Dichter Döblin überzeugend und plastisch, fast möchte man sagen, wie ein neuzeitlicher Zola, nachzuweisen, daß fast jede Gesinnung und jede Handlung im Leben zwangsläufig sein kann, so daß es uns Menschen schwerlich ansteht, mit Verachtung von Verbrechern zu sprechen, solange wir noch eine Gesellschafts-unordnung haben, in der man sich täglich mit dem Schicksal auseinandersetzen muß und mit Not, Hunger und Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat. . . .

Franz Biberkopf erlebt Berlin im Verbrechertum. Zuletzt wird ihm seine Braut genommen und von einem wüsten Apachen umgebracht. Aber zwischen dem Schicksal Biberkopfs und seiner Umgebung sind Kapitel eingestreut über die Großstadt, die einen tiefen Einblick in die verschiedensten Betriebe und Gesellschaftsschichten geben, ja sogar die Auseinandersetzungen von Versammlungen zwischen Sozialisten und Kommunisten werden plastisch kinematographisch wiedergegeben. Auch hier erinnert Döblin in gewissem Sinne an Zolas „Bauh von Paris“ und andere Romane. Diese Zwischenkapitel des Buches dürften besonders für die Provinzleser ein stark anschauliches Bild vom Wesen und Leben großer Massen in Berlin geben.

Als Erkenntnis aus furchtbarer Pein kommt am Schluß für Franz Biberkopf und manchen anderen die Belehrung: „Man fängt nicht sein Leben mit guten Worten und Vorsätzen an. Mit Erkennen und Verstehen fängt man es an und mit dem richtigen Nebenmann!“ So steht Franz Biberkopf am Schluß wieder am Alexanderplatz, der bekanntlich seit Jahren völlig umgebuddelt wird. Biberkopf wird zum Schluß Hilfsportier, der Nummern abnimmt, Wagen kontrolliert und aufpaßt, „wer rein und raus geht.“

Mit dieser skizzenhaften Schilderung ist dem packenden, zum meist im Berliner Dialekt gehaltenen Roman, kaum Genüge geschehen, und was es nur in Berlin gibt (durch die Tageszeitungs-Brille gesehen) wird in diesem Buch aufgerollt und sogar mit Zahlenmaterial belegt. Ob Berliner Schlachthof oder die Kaskemme, ob Polizeipräsidentium (die Bullen) oder das Straßenleben, es ist alles trefflicher und für die heutige Zeit charakteristischer dargestellt. Gewiß, die Arbeiterparteien, sowohl Sozialisten als auch Kommunisten, werden etwas kritisch behandelt, etwa vom Standpunkt einer halb anarchistisch-individualistischen Unterwelt, andererseits wirkt das große Verstehen für die zwangsläufigen Geschehnisse in der sogenannten Verbrecherlaufbahn wieder versöhnend. Man könnte fast eine Parallele zu dem vorzüglichen Film „Mutter Krauses Fahrt ins Glück“ finden, und man muß auch wohl an die Silbe-Zeichnungen denken. Der Roman ist im Fischer-Verlag, Berlin, 1930, erschienen. Jeder Berliner und Provinzler sollte ihn lesen!

* * *

Es ist vielleicht ein Unterfangen — eines echten Berliners würdig — in ein paar Zeilen die 4-Millionen-Stadt abzutun, aber da angeblich die meisten Berliner aus Breslau oder wenigstens aus Schlesien stammen sollen — was bei mir leider nicht

zutrifft — so kann man sich mit dem Sprichwort trösten: „Ein Schelm gibt mehr als er hat!“

Jedenfalls wollen wir noch in dieser Skizze einige gute Seiten des Berliners zeigen. Da ist vor allen Dingen sein elementarer Trieb, den Sonntag im Freien zu verleben. Besonders in den letzten zehn Jahren ist er geradezu fanatischer Freibädler und Ausflügler geworden. An jedem Maiensonntag sind mehr denn 200 000 Menschen unterwegs in drangvoll fürchterlicher Enge, um draußen ein paar Stunden „wirkliche Luft zu schnappen“. Sei es nun an der Havel im Westen, am Wannensee oder an der Dahme bei Grünau oder an der idyllischen „Großen Krampe“ bei Schmöckwitz, ob am großen „Spucknapf“, dem Müggelsee oder im hohen Norden am Liepnitz- und Wandlitzsee. Überall strömen Zehntausende von Männern, Frauen und Kindern und „lagern sich“. Tagelang noch zeigen die Papierreste im Grunewald oder auch in den anderen Kiefernforsten die Aufenthaltswörter. Andere Hunderttausende sitzen in ihren Laubenkolonien, um ihren Kohl zu bauen oder die „Sträucher zu begießen“. Draußen tummelt sich alt und jung, und wenn es dann wieder fürchterlich eingesperrt nach Hause geht, denkt mancher mit heimlichem Grauen an das Einerlei der Wochenfron, das ihn oftmals bei tollem Lärm in den schärfsten Arbeitsthythmus hineintreibt. Die Maschine gibt den Takt an, und auch der Mensch wird fast zu einem Teil der Maschine. Was Wunder, wenn sich die Sehnsucht steigert zum Wochenende, an dem unsere Arbeiter-Jugend hinausfährt und in Jugendherbergen oder auch in Zelten übernachtet. Sie fährt hinaus in die vom Berliner einstmals bespöttelte Provinz. Heute, da der Jung-Berliner diese Provinz kennt, beginnt er sie auch zu begreifen, und da Berlin jährlich einen Zuzug von 80 000 bis 90 000 Provinzler hat und dazu über 100 000 „Fremde“ aller Gesellschaftsschichten als Besuch empfängt, so ist auch das Verständnis der Provinz für die Schwächen und Stärken der Berliner gewachsen. Und so ergibt sich als tragikomischer Schluß: Wenn auch manchmal der Berliner selbst kräftig auf Berlin schimpft, so bleibt zu guter Letzt doch immer der Hintergedanke: Berlin bleibt doch Berlin! Edb.



Neu-Köln am Wasser

Berlin und die Provinz

Im Januar 1929 zählte Berlin 150 348 Dollierwerbslose mit 73 482 Angehörigen. Jeder neunte Selbstmord geschieht in Berlin, während nur jeder fünfzehnte Deutsche ein Berliner ist. Berlin ist räumlich größer als New York. Drei Stunden würde ein Schnellzug zu seiner Umfahrung brauchen. Man zählt dort nur 40 000 Säuglinge, aber 200 000 Hunde. Im Jahre 1928 wanderten 345 494 Menschen nach Berlin zu, während nur 259 164 wegzogen, also ein Zuzugsüberschuß von 86 330 verblieb. Aber es sterben in Berlin mehr Menschen als geboren werden. Das Geburtendefizit beträgt 7000 Menschen für das Jahr. Von fünf Menschen, die nötig sind, Berlin auf dem heutigen Stand zu halten, werden nur noch zwei in Berlin selbst geboren, die übrigen drei müssen von auswärts zuwandern! Trotzdem rechnet man bei der ungeheuren Anziehungskraft Berlins, das jetzt 4,4 Millionen zählt, für das Jahr 1985 mit 10 Millionen Einwohnern! Das sind ein paar Zahlen und Tatsachen über Berlin, das seit 1918 in rapider, mehr als amerikanischer Zunahme zur wahren Weltstadt geworden ist und es in unheimlichem Maße noch weiter wird. Das Wesentliche aber ist das Nomadentum des Berliner Weltstädtlers, das vollkommene Abgetrenntsein vom Boden. Heimatlos sind die Schlafgäste des Obdachlosenapfels, heimatlos die Bewohner des armen Ostens, heimatlos aber auch die reichen Berliner des Westens. Das Haus ist Wohnmaschine. An Stelle der hohen innerlichen Kultur ist in Berlin der rein äußerliche Betrieb, Tempo, Masse, Ausdehnung getreten. Die Masse tritt an Stelle des Volkes als seelische Einheit in den Vordergrund und mit ihr Rekord, Sensation, Nervenaupeitschung. Auch beim Berliner Sport. Die Neuberliner Dame, emanzipiert in jeder Beziehung, das Girl, die Jungesellin, die Freundin leiten über zur modernen Berliner Ehe, die aufgehört hat Familien- und Arbeitsgemeinschaft zu sein; auf je sechs Ehen trifft in Berlin eine Scheidung. Berlin ist der Sitz des Geldes, seine Steuerkraft ist größer als die jedes anderen Finanzbezirks. Aber während Berlin sich immer mehr aufbläht, sterben die Grenzländer.

Berliner Dialekt

Der Mann mit dem Spinat.

Heern Se mal, Sie da — jawoll, junge Frau, Ihnen hab ich jeplinkert. Bleim Se mal uff'n Moming. Det is nemlich Spinat. Heute noch mal Klasse! Det finden Se nirjends woanders. Heute noch mal butterweich, müssen Se wissen —!

Se woll'n aber heute jar kein' Spinat?! Ihr Pech, junge Frau. Ihr Pech, sach ich da nur. Und da woll'n Se Ostern feiern? Ostern ohne Spinat? Scheene Ostern werden det werden. Wenn ich so denke — Ostern ohne Spinat. Ostern soll doch wat Freudijes sind. Spinat bringt Freude ins Heim. Na also...

Blumenkohl ha'm Se injekoost? Is ja ganz nett. Is ja ganz scheen. Nischt is dajen zu jar'n. Aber zu Ostern —? Aee, heern Se mal, junge Frau, stell'n Se sich vor, et is Ostern und alle Nockens ha'm jebimmelt und de Kinderkens ha'm Osterier jesucht und nu is Mittach und der Ehejemahl reibt sich de Foten und denn sacht er zu Sie: „Also nu, Emma, und nu bring mal den Spinat uff'n Tisch des Hauses!“ Und Sie, wat machen dann Sie da —?! Jeberlesen Se mal! Wenn Se da jar'n müssen: „Bruno, ich hab aber doch Blumenkohl injekoost.“ Sache, was?

Wissen Se ooch, wat Sie Ihr Bruno denn zu bedenken jibt? „Emma!“ wird der Sie jar'n, „Emma, det de doch nie und nicht aus de Durslichkeit rauskommst. Blumenkohl koffst de zu Ostern? Wo sich Spinat jehört. Weeste, du kannst einem det ganze Ostern vaarjeren. Und wo Mag Hauke so'n juten Spinat hatte!“

Woll'n Se wirklich, det Ihr Ehejemahl det zu Sie jar'n muß? Sehen Se, wat ich jehacht hab', det woll'n Se nicht. Drei Pfund woll'n Se nehmen? Nehmen Se ruhicht viere. Det kommt nemlich billjer, heern Se. Und denn jut' Ostern...

Der Mann mit dem Blumenwagen.

Sie da, der Herr mits Jesicht! Uff ne Sekunde mal, nich? Ich hätte nemlich 'n Tipp for Sie. Streng vatraulich, vasteht sich, und niemand nicht weitererzählen. Komm'n Se nur näher, de Blümekens beisen Se nich. Sind nemlich jutartige Blümekens, wenn se ooch jelt sind. Hä? Natierlich... jelt! Is doch Ehrensache —! Is doch selbstredend bei Osterjlocken. Komm'n Se nur näher, und Se kriejen den Tipp: Ostern steht vor de Tier! Hä, da kucken Se, wat? Is Sie woll jarnich uffjefallen? Macht aber nicht; unferrens is doch jefällig. Man is eben so.

Wissen Se, schwerfällig sind Se nu ooch schon. Kapiern Se denn nich, wojo ich Sie uffmerksam mache? Damit Se sich nicht blamieren! Oder is det so anjenehm, wenn Se morjen abhaun und Se stiefeln zu's Frollein Jemahlin und komm'n da an? So mit rein jarnischt mang de Finger. Jloben Se, det macht uff ihr den jehörichsten Eindruck? Sar'n wird se ja heechstens „Sei sparsam, Brijitte“. Tja aber, wat se sich denkt und nicht sacht — det malen Se sich aus, herr. Lern'n Se mir doch unsre Damens nicht kenn'n. Da weest ich Bescheid. Allemaal noch...

Und nu jehn Se de Sache mal von die andere Seite an: so'n paar Blümekens in der Hand, so ne Osterjlocke ins Knopploch. Im Jesamtwert von ganze zwanzich Fennje. Is det ne Sache, oder is es keine Sache? Det se dann insjehheim uff Ihnen sjteilt und am nechsten Morjen ins Büro zu de Freundin flüstert: „Weeste Trete, det Emil is doch 'n jebildeter Mann!“ Denn warum sacht se det? Weil Sie's jehzeit jemacht ha'm und weil Se ihr Osterjlocken mitjebracht ha'm. For Ihre lumpichten zwanzich Fennje wär'n Se jebildet, herr! For zwanzich Fennje!

Im Berliner Schlachthof

Denn es geht dem Menschen wie dem Vieh;
wie dies stirbt, so stirbt er auch.

Im Nordosten der Stadt, zwischen der Eidenauer Straße über die Thaeerstraße weg, über die Landsberger Allee bis an die Cotheniusstraße, der Ringbahn entlang, ziehen sich die Häuser, Hallen und Ställe vom Schlacht- und Viehhof.

Er bedeckt eine Fläche von 47,88 Hektar oder 187,50 Morgen, ohne die Bauten hinter der Landsberger Allee hat das 27 083 492 Mark verschluckt, woran der Viehhof mit 7 682 844 Mk., der Schlachthof mit 19 410 648 Mk. beteiligt ist.

Viehhof, Schlachthof und Fleischgroßmarkt bilden ein untrennbares wirtschaftliches Ganzes. Verwaltungsorgan ist die Deputation für den Vieh- und Schlachthof, bestehend aus zwei Magistratsmitgliedern, einem Bezirksamtsmitglied, elf Stadtverordneten und drei Bürgerdeputierten. Im Betrieb sind beschäftigt 258 Beamte, darunter Tierärzte, Beschaauer, Stempeler, Hilfstierärzte, Hilfsbeschaauer, Festangestellte, Arbeiter. Verkehrsordnung vom 4. Oktober 1900, Allgemeinbestimmungen, Regelung des Austriebes, Lieferung des Futters, Gebühren, Marktgebühren, Eiegebühren, Schlachtgebühren, Gebühren für die Entfernung von Futtertrögen aus der Schweinemarkthalle. — Die Eidenauer Straße entlang ziehen sich die schmutzgrauen Mauern, oben mit Stacheldraht. Die Bäume draußen sind kahl, es ist Winter, die Bäume haben ihren Saft in die Wurzeln geschickt, warten den Frühling ab. Schlächterwagen karrtolen an in schlankem Galopp, gelbe und rote Räder, leichte Pferde vornweg. Hinter einem Wagen läuft ein mageres Pferd, vom Bürgersteig ruft einer hinterher: „Emil!“ Sie handeln um den Gaul, 50 Mk. und eine Lage für uns acht, das Pferd dreht sich, zittert, knabbert an einem Baum, der Kutscher reißt es zurück, 50 Mk. und eine Lage, Otto, sonst Abfahrt. Der unten beklatscht das Pferd: „Gemacht!“

Gelbe Verwaltungsgebäude, ein Obelisk für Gefallene aus dem Krieg. Und rechts und links langgestreckte Hallen mit gläsernen Dächern, das sind die Ställe, die Warräume. Draußen schwarze Tafeln: „Eigentum des Interessenverbandes der Großschlächtereien von Berlin e. V. Nur mit Genehmigung sind Bekanntmachungen an dieser Tafel gestattet. Der Vorstand.“

An den langen Hallen sind Türen, schwarze Oeffnungen, zum Eintrieb der Tiere, Zahlen dran: 26, 27, 28. Die Rinderhalle, die Schweinehalle, die Schlachträume: Totengericht für die Tiere, schwingende Beile, du kommst mir nicht lebend raus. Friedliche Straßen grenzen an, Strahmannstraße, Liebigstraße, Proskauer, Gartenanlagen, in denen Leute spazieren. Sie wohnen warm beieinander, wenn einer erkrankt und Halsschmerzen hat, kommt der Arzt gelaufen.

Ein Mann im Leinenkittel wandert durch den Gang, die Bucht wird geöffnet, mit einem Stock tritt er zwischen die Schweine, die Tür ist offen, sie drängen heraus, quieken, ein Grunzen und Schreien fängt an. Und nun alles durch die Gänge. Ueber die Höfe, zwischen die Hallen werden die weißen drolligen Tiere getrieben, die dicken lustigen Schenkel, die lustigen Ringelschwänzchen, und grüne und rote Striche auf dem Rücken. Das ist Licht, liebe Schweinchen, das ist Boden, schnubbert nur, sucht, für wieviel Minuten noch. Nein ihr habt recht, man darf nicht mit der Uhr arbeiten, immer nur schnubbern und wühlen. Ihr werdet geschlachtet werden, ihr seid da, seht euch das Schlachthaus an, das Schweineschlachthaus. Es gibt alte Häuser, aber ihr kommt in ein neues Modell. Es ist hell, aus roten Steinen gebaut, man könnte es von draußen für eine Schlosserei halten, für eine Werkstatt oder einen Büroraum oder für einen Kon-

struktionsaal. Ich will andersherum gehen, liebe Schweinchen, denn ich bin ein Mensch, ich gehe durch diese Tür da, wir treffen uns drin wieder.

Stoß gegen die Tür, sie federt, schwingt hin und her. Puh, der Dampf! Was dampfen die? Da bist du im Dampf wie in einem Bad, da nehmen die Schweine vielleicht ein russisch-römisches Bad. Man geht irgendwo, du siehst nicht wo, die Brille ist einem beschlagen, man geht vielleicht nackt, schwingt sich den Rheumatismus aus, mit Kognak allein gehts nicht, man klappert in Pantoffeln. Es ist nichts zu sehen, der Dampf ist zu dicht. Aber dies Quietschen, Röcheln, Klappen, Männerrufe, Fallen von Geräten, Schlagen von Deckeln. Hier müssen irgendwo die Schweine sein, sie sind von drüben her, von der Längsseite reingekommen. Dieser dicke weiße Dampf. Da sind schon Schweine, da hängen ja welche, die sind schon tot, die hat man gekappt, die sind beinahe reif zum Fressen. Da steht einer mit einem Schlauch und spritzt die weißen Schweinehälften ab. Sie hängen an Eisenständern, kopfabwärts, manche Schweine sind ganz, die Beine oben sind mit einem Querholz gesperrt, ein totes Tier kann eben nichts machen, es kann auch nicht laufen. Schweinesfüße liegen abgehakt auf einem Stapel. Zwei Mann tragen aus dem Nebel was an, an einem Eisenbalken ein ausgeweidetes geöffnetes Tier. Sie heben den Balken an den Laufing. Da schweben schon viele Kollegen herunter, gucken sich stumpf sinnig die Fliesen an. — Jetzt klatscht es wieder, eine Tür wird hinten geöffnet. Ein junger Mann von blasser Farbe, mit angeklebtem Haar, hat eine



Westhafen Berlin: Mittleres Hafenbecken

Zigarre im Mund. Siehe da, das ist der letzte Mensch, der sich mit euch beschäftigt! Denkt nicht schlecht von ihm, er tut nur, was seines Amtes ist. Er hat eine Verwaltungsangelegenheit mit euch zu regeln. Er hat nur Stiefel, Hose, Hemd und Hosenträger an, die Stiefel bis über die Knie. Das ist seine Amtstracht. Er nimmt seine Zigarre aus dem Mund, legt sie in ein Fach an der Wand, nimmt aus der Ecke ein langes Beil. Es ist das Zeichen seiner behördlichen Würde, seines Ranges über euch, wie die Blechmarke beim Kriminal. Er wird sie euch gleich vorzeigen. Das ist eine lange Holzstange, die der junge Mann bis zur Schulterhöhe über die quiekenden kleinen Schweine unten hochhebt, die da ungestört wühlen, schnüffeln und grunzen. Der Mann geht herum, den Blick nach unten, sucht, sucht. Es handelt sich um ein Ermittlungsverfahren gegen eine gewisse Person, eine gewisse Person in Sachen X gegen Y. — Haß! Da ist ihm eins vor die Füße gelaufen, haß! noch eins. Der Mann ist flink, er hat sich legitimiert, das Beil ist heruntergefaßt, getaucht in das Gedränge mit der stumpfen Seite auf einen Kopf, noch einen Kopf. Das war ein Augenblick. Das zappelt unten. Das strampelt. Das schleudert sich auf die Seite. Das weiß nichts mehr. Und liegt da. Es ist tief bewußtlos, wir sind in die Metaphysik, die Theologie eingetreten, mein Kind, du gehst nicht mehr auf der Erde, wir wandern jetzt auf Wolken. Rasch das flache Becken ran, das schwarze heiße Blut strömt ein, schäumt, wirft Blasen im Becken, rasch rühren. So. Jetzt läßt das Zucken nach. Jetzt liegst du still. Wir sind am Ende von Physiologie und Theologie, die Physik beginnt. — An der Wand neben der schwingenden Tür hängt ein Plakat: Ballfest erster Diebespedienten, Saalbau Friedrichshain, Kapelle Kernbach. Draußen sind angezeigt Boxkämpfe, Germania-Jäe, Chausseestraße 110, Eintrittspreis 1,50 bis 10 Mk. Vier Qualifikationskämpfe.

Viehhofmarkt Auftrieb: 1399 Rinder, 2700 Kälber, 4654 Schafe, 18 864 Schweine. Marktverlauf: Rinder in guter Ware glückt, sonst ruhig. Kälber glatt, Schafe ruhig, Schweine anfangs fest, nachher schwach, fette vernachlässigt.

Kampf um's Brot

Die Not der amerikanischen Arbeiter zwingt in Chicago die Eisenbahner zum Streik. Bert, Tom, Billy und ihre Frauen diskutieren über die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Das regt die schwangere Frau Billys, Sagon, zum Denken an und bringt sie auch in ein Gespräch mit der alten Mercedes, die den Kampf der Arbeiter als einen Kampf um einen Knochen bezeichnet. Kurz darauf entwickelt sich vor dem Hause Sagon ein Streit zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, in dessen Verlauf Bert tödlich und der Anführer der Streikbrecher durch drei Revolverkugeln verwundet wird. Als Folge des Schreckens hat Sagon eine Frühgeburt. Das Kind kommt tot zur Welt. Diese Vorgänge und die Tatsache, daß Billy selbst mit in den Streik gezogen wird, lassen ihn über die Gewerkschaften anders denken.

VIII.

Einer von den Stalknechten, die nicht mit den Streikenden gegangen waren, ein Mann namens Henderson, arbeitete bei derselben Firma wie Billy. Obgleich seine Chefs ihm aus Herz gelegt hatten, wie die andern in den Ställen zu essen und zu schlafen, war Henderson doch jeden Morgen nach seinem Häuschen in der Fünften Straße, gerade um die Ecke von Sagon und Billys Wohnung, zurückgekehrt. Sie hatte ihn mehrmals kommen sehen, herausfordernd und seinen Schnaps schwingend, während alle Jungen in der Nachbarschaft ihm in angemessener Entfernung folgten und im Chor heulten, daß er ein Streikbrecher und ein fürchtbarer Mensch sei. Eines Abends aber, als er besonders übermütig war, ging er in die Wirtschaft an der Ecke der Siebenten und der Pine Street. Da hatte er das Pech, Otto Frank, einen der streikenden Kutscher desselben Stalles, zu treffen. Wenige Minuten darauf war Henderson, der einen Schädelbruch davongetragen hatte, in einem Krankenwagen unterwegs nach dem Krankenhaus, während ein Patrouillenwagen in nicht geringerer Eile Otto Frank in das Polizeigefängnis brachte.

Es war Maggie Donahue, die Sagon freudestrahlend das Geschehene erzählte.

„Das geschieht ihm recht, dem dreckigen Streikbrecher“, schloß Maggie ihren Bericht.

„Aber seine arme Frau“, sagte Sagon. „Sie ist nicht kräftig. Und die Kinder. Wenn ihr Mann stirbt, kann sie sie nicht versorgen.“ „Oh, das geschieht ihr recht, der verfluchten Schlampe!“

Sagon war entsetzt und gekränkt über die Brutalität der Irländerin. Aber Maggie war unverföhlich.

„Das ist nur, was sie verdient — sie und die andern Frauen, die mit Streikbrechern zusammenleben. Und die Kinder! Laß sie hungern, wenn ihr Vater anderer Leute Kindern das Brot aus dem Munde nimmt.“

Frau Olsen nahm es ganz anders auf. Sie zeigte ein gewisses passives, sentimentales Mitgefühl für Hendersons Frau und Kinder, dann aber dachte sie nicht mehr an sie, während sie schwer besorgt um Otto Franks Frau und Kinder war — sie und Frau Frank waren nämlich Schwestern.

„Wenn er stirbt, wird Otto gehängt“, sagte sie. „Und was tut dann die arme Hilda? Sie hat Krampfadern in beiden Beinen und kann unmöglich auf Arbeit gehen. Und ich — ich kann ihr nicht helfen. Ist Karl nicht auch arbeitslos?“

„Das bringt den Streik nur in Verruf, namentlich wenn Henderson krepirt“, sagte Billy besorgt, als er nach Hause kam. „Frank hängen sie sicher, wenn sie können. Und dazu müssen wir einen Verteidiger und Gott weiß was bezahlen — und das kostet ein verfluchtes Geld. Und hätte der Whisky nicht Frank ganz von Sinnen gebracht, so würde er es nie getan haben — er ist der friedlichste, gutmütigste Mensch, den man sich denken kann.“

Zweimal im Laufe des Abends ging Billy aus, um zu erfahren, ob Henderson gestorben war. Am Morgen gaben ihm die Zeitungen nur wenig Hoffnung, und die Abendzeitungen meldeten seinen Tod. Otto Frank saß im Gefängnis. Die „Tribüne“ verlangte schnelle Aburteilung und summarische Bestrafung und verweilte eingehend bei der moralischen Wirkung, die ein solches Auftreten auf den gefesselten Arbeiterstand ausüben würde. Sie ging noch weiter und betonte, welcher nützlichen Einfluß Maschinengewehre auf den Pöbelhaufen haben würden, der sich der schönen Stadt Oakland bemächtigt hätte.

Alle diese Ereignisse trafen Sagon ganz persönlich. Sie, die nichts auf der Welt hatte als Billy, fühlte, daß ihr und sein Leben, ja, auch ihr gemeinsames Liebesleben, bedroht war. Von dem Augenblick an, wenn er das Haus verließ, bis er zurückkam, war sie nicht einen Augenblick ruhig. Eine Gewalttat folgte der andern, aber er erzählte ihr nichts davon, und sie wußte, daß er daran beteiligt war. Sie hatte ihn mehrmals mit zerschrammten Knöcheln heimkommen sehen, und dann war er ungewöhnlich schweigsam

und konnte dasitzen und grübeln, ohne ein Wort zu sagen, oder gleich ins Bett gehen. Sie bemühte sich, sein Vertrauen zu gewinnen. Sie setzte sich auf seinen Schoß und schmiegte sich an ihn an, legte den einen Arm um seinen Hals und strich ihm mit der freien Hand das Haar aus der Stirn oder versuchte, seine Runzeln zu glätten.

„Weißt du, Schatz“, begann sie in besorgtem Tone, „du hast jetzt kein ehrliches Spiel gespielt, und das will ich nicht. Nein!“ Sie schloß ihm mit der Hand den Mund. „Jetzt bin ich es, die die ganzen Kosten der Unterhaltung tragen muß, und das kommt daher, daß du in der letzten Zeit so wenig mitteilhaft warst. Weißt du nicht mehr, daß wir uns von Anfang an einig waren, über alles miteinander zu reden? Du redest nicht mehr über alles mit mir. Du unternimmst Dinge, von denen du mir nichts erzählst.“

Billy, du bist mir teurer als alles andere auf der Welt. Das weißt du gut. Wir haben jeder teil am Leben des andern, aber eben jetzt gibt es etwas, woran du mich nicht teilnehmen läßt. Jedesmal, wenn du mit zerschlagenen Knöcheln heimkommst, ist etwas geschehen, woran du mich nicht teilnehmen läßt. Wenn du dich nicht auf mich verlassen kannst, so kannst du es auf keinen andern Menschen. Und zudem liebe ich dich so sehr, daß ich dich immer lieben werde, was du auch tun magst.“

Billy warf ihr einen zärtlichen, halb ungläubigen Blick zu.

„Und du wirst nicht böse werden?“ fragte er.

„Warum sollte ich? Ich bin nicht dein Chef, Billy. Um alles in der Welt würde ich dich nicht kommandieren. Und wenn du mich dich kommandieren läßt, dann würde ich dich nicht halb so sehr lieben.“

„Nun ja, dann will ich dir erzählen, wie es zugeht.“ Er hielt inne und lachte ein jungenhaftes, heiteres Lachen, während er sich irgend etwas ins Gedächtnis zurückrief. „Es hängt so zusammen — aber du wirst nicht böse auf mich, nicht wahr? Wir müssen so etwas tun, um uns zu behaupten. Nun ja, es war also ein richtiger Film, nur daß dazu geredet wurde. Da kommt so ein großer Bauernlummel an — riecht direkt nach Land, mit Händen wie Schinken und Füßen wie Kanonenbooten. Er wiegt wohl andert-halbmal soviel wie ich, und jung ist er auch. Er will keinen Krach machen und ist so unschuldig wie — na ja, er ist der unschuldigste Streikbrecher, der je einem Paar Streikposten in die Hände gefallen ist. Kein richtiger Streikbrecher, weißt du, nur ein großer Bauernlummel, der die Annonce vom Alten gelesen hat und in die Stadt kommt, um die hohen Löhne zu kriegen.“

Und da kommen nun Bud Strothers und ich angegangen. Wir gehen ja immer zu zweit und zuweilen noch zu mehreren. Ich nehme mir den Bauernlummel aufs Korn. „He“, sag ich „suchst du Arbeit?“ „Darauf kannst du schwören“, sagt er. „Kannst du fahren?“ „Gewiß“, sagt er. „Dier Pferde?“ „Seig mir die vier Pferde“, sagt er. „Keine Dummheiten“, sag ich, „bist du auch sicher, daß du Lust zum Fahren hast?“ „Dazu bin ich ja in die Stadt gekommen“, sagt er. „Dann bist du gerade der Mann, den wir suchen. Komm her, wir wollen dir sofort Arbeit geben.“

Siehst du, Sagon, wir können es nicht gleich abmachen, denn ein paar Ecken weiterhin geht Tom Scanlon — der rothaarige Polyp, weißt du — und pfeift, um uns zu erzählen, daß wir abschließen sollen, aber er kennt uns nicht. So gehen wir denn alle drei — aber wenn du meinst, daß wir uns unsere Arbeit von dem Lummel nehmen lassen wollen, dann irrst du dich. Wir gehen also in die Gasse hinter Campwells Krämerladen. Bud bleibt stehen und der Bauernlummel und ich auch.

„Ich glaube nicht, daß er Lust hat zu fahren“, sagt Bud nachdenklich. Und der Bauernlummel antwortet: „Doch, darauf könnt ihr Gift nehmen.“ „Bist du ganz sicher, daß du die Arbeit haben willst?“ frage ich. Ja, er ist ganz sicher. Nichts soll ihn verhindern, sich um die Arbeit zu bewerben. Dazu ist er ja in die Stadt gekommen.“

„Ja, mein Freund“, sage ich, „dann habe ich die schwere Pflicht, dir mitzuteilen, daß du dich geirrt hast.“ „Wieso?“ fragt er. „Ja, das wollen wir dir gleich zeigen“, sage ich. Und dann — eins, zwei, drei! Klatsch, Klatsch! Utsu, Feuerwerk, vierter Juli! Geradeswegs in die Hölle — bengalisches Licht, Raketen, Höllenfeuer und so! Es dauert nicht sehr lange, wenn man gut ausgebildet und gewohnt ist, zu zweit zu arbeiten. Natürlich ist es nicht angenehm für die Knöchel. Aber weißt du, Sagon, wenn du den Bauernlummel vorher und nachher gesehen hättest, du würdest geglaubt haben, er sei ein Verwandlungskünstler. Ob es zum Lachen war? Du wärest geplagt!“

Gandhi und die indische Freiheitsbewegung

Wie war es doch auf der englischen Weltausstellung mit jenem Fakir, der ein Seil in die Luft werfen wollte, um dann daran hinaufzuklettern? Es gelang nicht, es fehlte der Wunderboden Indiens zu diesem Experiment des Fakirs. Wie ist es doch in den Büchern von Rudyard Kipling mit jenen seltsamen Wesen, die halb Mensch, halb Wolf, in den Dschungeln leben? Seltsam, geheimnisvoll mutet uns alles an, was wir von Indien bisher erfahren. Fakire, Tiger, Elefanten, unglaublich reiche Maharadschas, seltsame Gebräuche bei der Totenbestattung, der heilige Strom Ganges und die Lotosblumen, reiche Schätze an Gewürzen und Baumwolle, alles wurde uns vor Augen geführt und weckte in unseren Sinnen jene Vorstellung, daß Indien wahrhaftig ein Wunderland ist, Paradies und zugleich Hölle! für seine Bewohner, denen die Natur vieles mit vollen Händen spendete. Und nun bringen uns die Zeitungen fast täglich kurze Meldungen über Indien. Aufruhr, Streiks, Gewehre knattern, Eisenbahnen entgleisen oder werden zum Halten gezwungen, weil Menschen sich einfach auf die Schienen werfen, Tote und Verwundete gibt es und ein Name taucht auf, Mahatma Gandhi. Zum Meere wandert er, als Sechzigjähriger, viele hundert Kilometer durch glühenden Sonnenbrand auf staubigen Straßen. Er boykottiert die Eisenbahn, weil sie den Engländern gehört. Ihm folgt eine Schar Anhänger, alle ausgedörrt von der Sonne Indiens, hinab zum Meere, um Salz zu gewinnen. Wie ein Blitz durchzuckt es uns, was ist es mit diesem Wunderland Indien, mit diesem Paradies, wenn das Salz eine Ursache für Taten sein kann, die aufmerksam von der ganzen Welt verfolgt werden. Salz, über dessen Gewinnung und Preis wir uns kaum Gedanken machen. Salz fehlt in Indien, darum kämpft und duldet man. Seltsam sind die Gegensätze im Wunderland Indien.

Ah, sie sind gar nicht so seltsam, es geht auch gar nicht um das Salz, England liefert davon so viel, daß alle 500 Millionen Indier nicht Mangel daran leiden brauchten, es geht ganz einfach um eine nationale Freiheitsbewegung der indischen Völker. Ein Land, fast 20mal größer als England, dessen Kolonie es ist, ein Volk, dessen Kopfbzahl achtmal größer ist als die des „Mutterlandes“ England, regt sich und will selbständig werden, will sein Land selbst regieren. Und deshalb zieht Mahatma Gandhi zum Meer, deshalb ist sein Name ein Begriff, ein Symbol für die aufstehende Welt, eine Gefahr für England, ein Heiliger fast für das indische Volk. Mahatma Gandhi versucht an einer Säule des britischen Weltreiches zu rütteln, ein Mann, ein einzelner Mann, hebt die Hand gegen den übermächtigen Gegner. —

Mahatma Gandhi, einstmals ein reicher Rechtsanwalt, hat seinen Beruf verlassen und ist unter die armen, hungernden Indier gegangen. Vor zehn Jahren tauchte sein Name, wie das Menetekel für Belsazar, in England auf: „Indien in Gefahr!“ Lautlos, unheimlich für England war die Umwandlung geschehen. Kein Schuß war gefallen, kein englischer Regierungsbeamter war bedroht worden, aber die indischen Bauern bebauten ihr Land und wollten sich ihre Kleider selbst weben. Die englischen Schiffe, die aus der Heimat mit den verarbeitenden indischen Webstoffen nach Indien zurückkehrten, wurden ihre Ware nur langsam los. In England stockten die Spindeln der Webstühle, in England mußten fleißige Hände ruhen, was sollte daraus werden, wenn Indien den besdrrittenen Weg weiterging? Lautlos, ohne Gewalt stellte sich ein Teil des indischen Volkes um, es boykottierte die englischen Waren, es verließ die englischen Fabriken in Indien und arbeitete auf eigener Scholle, Nahrung und Kleidung genügten für den Bedarf. Mahatma Gandhi predigte und das Volk hörte, und handelte. Die Steuern, die England vom indischen Volk für seine Ware erhob, verminderten sich, es mußten weitere englische Fabriken stillgelegt werden, Walzwerke und Stahlgießereien, Kohlschächte und Maschinenfabriken mußten ruhen, wenn die Steuern des indischen Volkes nicht den Bau von indischen Eisenbahnen und Industriewerken ermöglichten. Das englische Volk muß zu noch erheblicherem Teil arbeitslos hungern, wenn die 500 Millionen Indier ihre Bedürfnisse an Nahrung und Kleidung selbst herstellen. Die indische Frage ist daher gleichzeitig eine Frage des englischen Volkes. Der Irrtum der indischen Freiheitsbewegung ist es aber, daß sie sich zurzeit gegen die englische Arbeiterregierung richtet,

die bindend versprochen hat, Indien den Weg zur Selbstregierung zu ebnen. Die Arbeiterregierung hat versprochen, die indischen Parteien zu einer Konferenz nach London zu laden, die stattfinden soll, sobald die englische Parlamentskommission ihren Bericht über die Verfassungsreform in Indien fertiggestellt hat. Nur die Ablehnung der Forderung einer sofortigen politischen Amnestie und die Ablehnung der Zusage, daß sich die bevorstehende Konferenz die sofortige Einführung der Dominionverfassung in Indien als Aufgabe und alleinigen Beratungsgegenstand stellen werde: nur diese Ablehnung veranlaßte die indischen Nationalisten, ihrerseits die englischen Angebote und Einladungen zurückzuweisen. So zog Gandhi aus.

Ohne Gewalt führt Mahatma Gandhi den Kampf. Er weiß, daß Post, Telegraph, Eisenbahn, Elektrizität Kultur-güter sind, die bei offenem Kampf zerstört werden würden, er weiß, daß zum offenen Kampf ungeheure Mittel notwendig sind, er weiß, daß Ströme von Blut vergossen würden, daß Indien selbst dabei so riesig geschwächt werden würde, daß eine andere imperialistische Macht dann vielleicht die Hand auf das Land legen könnte und nichts hätte sich an der Freiheit des indischen Volkes geändert. Deshalb blies er den Kampf ab, als 1922 seine Anhänger die offene Gewalt in Anwendung brachten. Gandhi mußte damals ins Gefängnis als „Hetzer“. Seine Überzeugung, daß Englands Heer und Flotte nicht mit Gewalt zu besiegen sind, festigte sich in der Einsamkeit der Zelle. Aus dem Gefängnis entlassen, nahm er seine Tätigkeit als Agitator wieder auf und predigte passive Resistenz den englischen Waren gegenüber. Deshalb ist Mahatma Gandhi auch nicht direkt verantwortlich zu machen für die in Indien erfolgten Sabotageakte.

Mahatma Gandhi ist trotzdem ein nicht zu unterschätzender Gegner. Wie weit sein Befreiungswerk gelingt, wissen wir heute nicht.

Vielleicht werden ihm Nachfolger erstehen, die die Lebensarbeit dieses Mannes fortsetzen, vielleicht werden aber auch Jahrzehnte vergehen, bis ein neuer Mahatma Gandhi das indische Volk weiterführt. Die nationale Selbständigkeit des indischen Volkes wächst freilich nicht über Nacht. 500 Millionen Menschen, die noch lange nicht in sich selbst geeinigt sind, die durch Kasten und Religionen weltentfremdet sind und sich zum Teil (vor der englischen Herrschaft) blutig befehdeten, sind schwer auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Stehen doch beispielsweise die 80 Millionen Mohammedaner in Indien der Aktion Gandhis noch vollständig fern. Diese Arbeit wird noch viele Jahrzehnte beanspruchen. Das indische Volk ist so grundverschieden in seinen nationalistischen Kastenbegriffen, religiösen Sektierereien und materiellen Einkünften wie kein Volk der Erde!

Wir aber, als organisierte Arbeiter, als Sozialisten, stehen zwischen den Parteien. Wohl begrüßen wir das Erwachen des indischen Volkes und verstehen seinen nationalen Freiheitskampf, der uns in seinen Formen so seltsam anmutet. Aber uns muß auch eine Ahnung dämmern, daß für die englischen Arbeitskollegen äußerst wichtige Lebensfragen auf dem Spiele stehen. Wir wehren uns ja auch dagegen, daß wir durch ausländische Arbeiter brotlos werden, ohne zu bedenken, daß auch diese ausländischen Arbeiter leben wollen durch die Arbeit ihrer Hände. Die Welt steckt voller Probleme und nichts ist leichter, als sie mit einer Handbewegung beiseite zu schieben und sie einfach nicht sehen zu wollen. Die Probleme sind vorhanden, und fordern ihre Lösung.

Indien und England, zwei Länder und ein Kampf, in dem jeder Kämpfer eine Teilberechtigung auf seiner Seite hat. Das ferne Wunderland Indien ist plötzlich in unsere nächste Nähe gerückt und wir sehen hinter all den Wundern Menschen wie wir, die hungern und darben und kämpfen. Die Hoffnung, die wir bei diesen Kämpfen hegen, ist die, daß es weder Besiegte noch Sieger geben möge, denn nur durch Verständigung kommen die Völker dem Ziele des Sozialismus näher: Raum für alle hat die Erde und auch Brot genug, wenn die Völker nach dem Bedarf produzieren und alle den Anspruch auf menschenwürdige Existenz gewinnen. Das kann aber nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung herbeiführen

P. M.

Das Ergebnis der Londoner Flottenkonferenz

In der Erkenntnis, daß jeder Krieg für den Siegenden und Besiegten eine ungeheure Belastung darstellt und Kriege der Zukunft durch die andauernden technischen Fortschritte in einem ungeheuren Ausmaß Verderben über die Menschheit bringen müssen, ist man seit dem verflorenen Weltkrieg bestrebt, in Konferenzen und Verhandlungen Kriege ganz zu beseitigen oder doch in ihrem Umfange zu beschränken und die Kriegführung humaner zu gestalten. Diesem Ziel dient auch die von der britischen Arbeiterregierung einberufene Flottenkonferenz, die nach fast 14wöchiger Dauer am 22. April abgeschlossen wurde. Bemerkenswert dabei war, daß die Militärs von den Verhandlungen ferngehalten wurden; denn sonst wäre man sicher aus lauter „technischen und strategischen Rücksichten“ auch hier zu keinem Ergebnis gekommen.

Sicher sind die Hoffnungen, die man auf diese Abrüstungskonferenz setzte, nicht befriedigt worden, aber wir wollen doch nicht verkennen, daß ungeheure Schwierigkeiten noch zu überwinden sind und daß auch der in London erreichte Teilerfolg immerhin als eine erste Etappe zu weiteren Abrüstungsmöglichkeiten angesehen werden kann. Das Ergebnis darf also nicht unterschätzt werden. Bedauerlich ist nur, daß das Abkommen über die Rüstungseinschränkungen nur von England, Amerika und Japan unterzeichnet wurde, während zwischen Frankreich und Italien eine Einigung nicht herbeigeführt werden konnte. Hoffentlich gelingt es aber in den sich weiter fortsetzenden Verhandlungen zwischen Paris und Rom, doch noch zu einem ähnlichen Abschluß wie in London zu kommen. Vorerst behalten Frankreich und Italien theoretisch freie Hand für weitere Rüstung. Deshalb ist auch in den Dreimächtepakt (England-Amerika-Japan) eine Vorbehaltsklausel aufgenommen worden, die den Fall vorsieht, daß eine dieser beiden Mittelmeermächte ihre Flotte vergrößern sollte.

Dem Rüstungswettlauf zwischen den drei größten Seemächten der Welt ist ein Ende bereitet. England gibt seine Vormachtstellung zu Wasser auf und spart die sonst im Laufe der nächsten Jahre zur Aufrechterhaltung der britischen Flottenüberlegenheit notwendigen Ausgaben von über 2 Milliarden Mk. Für die amerikanische Regierung bedeutet die Erzielung der Parität mit England einen Sieg, wenn man diesen Fragen den Maßstab der imperialistischen Denkungsart anlegt. Aber durch das Opfer Englands und durch die Einstellung des Wettlaufes ist wenigstens die erste Etappe der Abrüstung erreicht worden. Wenn es nach den Wünschen der Labour-Regierung gegangen wäre, hätte man sich nicht mit diesem bescheidenen Teilergebnis begnügt; man wollte eine allgemeine Tonnageherabsetzung erreichen. Dazu wäre aber auch eine Einigung mit Frankreich und Italien notwendig gewesen, doch an dem schlechten Willen dieser beiden Mittelmeermächte scheiterte das.

Frankreich trägt auch die Hauptschuld daran, daß der Versuch, die Unterseeboote völlig abzuschaffen, gescheitert ist. Statt dessen hat man sich mit einem dürftigen Abkommen zur Humanisierung des U-Bootkrieges begnügt, wonach die Versenkung von Handelsschiffen durch U-Boote erst nach vollzogener Ausbootung der Mannschaft gestattet sein soll.

In dem Dreimächtepakt, der einen fühlbaren Fortschritt darstellt, wenn man bedenkt, daß vor zweieinhalb Jahren in Genf eine ähnliche Dreimächtekonferenz ergebnislos verlaufen ist, ist die Relationsformel von 10:10:7 festgelegt.

Nachdem es nun gelungen ist, die maritimen Rüstungen zwischen den drei größten Seemächten abzustoppen, werden auf der nächsten Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes im Juni auch die abrüstungsfeindlichen Staaten weiter vorwärts getrieben werden in bezug auf das Abrüstungsproblem.

Anschluß des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste in der Schweiz an den Föderativ-Verband des eidgenössischen Personals

Wir haben bereits in „Öffentlicher Dienst“ Nr. 17 Mitteilung gemacht von dem Anschluß unserer Schweizer Bruderorganisation, „Verband des Personals öffentlicher Dienste“ (VPOD), an den „Föderativ-Verband des eidgenössischen Personals“. Im nachfolgenden seien noch über Aufbau und Zweck dieser Organisation einige Ausführungen gemacht. Der Föderativ-Verband (FV.) kam am 14. Juni 1905 zustande. Er ist eine gewerkschaftliche Spitzenorganisation der Verbände des eidgenössischen Personals. Der FV. ist eine Ergänzung zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Er setzte sich bisher zusammen aus folgenden Verbänden:

	Mitgliederzahlen:	
	1928	1929
Schweizer. Eisenbahnverband	36 689	36 129
Verband schweiz. Post-, Telephon- und Telegraphenangestellter	8 319	8 248
Verband des Personals öffentlicher Dienste (Gruppe eidg. Personals)	630	670
Metall- und Uhrenarbeiterverband (Gruppe Waffenfabrik Bern)	468	468
Verband schweizer. Postbeamter	3 901	3 924
Verband schweizer. Telegraphen- und Telephonbeamter	2 189	2 130
Verband schweizer. Zollbeamter	690	677
Schweizer. Posthalterverband	2 709	2 704
Verband der Beamten der eidgenössischen Zentralverwaltungen	1 258	1 206
Verband schweizer. Zollangestellter	2 050	2 050
Verband schweizer. Eisenbahnvorarbeiter	300	300

Von diesen rund 58 000 Mitgliedern des FV. sind etwa 46 000 dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossen, der mit zurzeit 173 000 Mitgliedern dem IGB. angehört. Die Führung der föderativen Vereinigung hat mit Erfolg bisher der Eisenbahnverband inne.

Es dienen zur Einleitung und Durchführung einheitlicher Aktionen der Gesamtheit des Personals durch Unterstützung von Einzelbewegungen der angeschlossenen Verbände sowie auch durch die Teilnahme an allgemeinen wirtschaftlichen Be-

wegungen, die die Gesamtheit der Arbeitnehmer oder Konsumenten berühren. In allen diesen Fragen arbeitet der FV. mit dem Schw. Gewerkschaftsbund zusammen.

Der FV. befaßt sich aber nicht nur mit Personalfragen im Hinblick auf seine gewerkschaftliche Tätigkeit; er hat sich vielmehr zur Aufgabe gestellt, nach Kräften sich auch auf allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebieten zu betätigen. Dabei darf erwähnt werden, daß sich die eigentlichen Beamtenverbände in dieser Beziehung stets hervor getan haben. Der FV. hat u. a. für die bedrängte Privatarbeiterschaft und zur Speisung der freigewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungskasse Gelder im Betrage von über 160 000 Franken gesammelt. Er kämpfte für den im Jahre 1924 sehr bedrohten Achtstundentag, setzte sich für die Zollinitiative im Jahre 1922 ein, beteiligte sich an der Einführung der direkten Bundessteuer und an der Alkoholgesetzgebung.

In jüngster Zeit erwachsen nun durch die Angriffe des Privatkapitals auf die Gemeinwirtschaft und durch die Entkommunalisierungsbestrebungen auch dem FV. weitere Aufgaben, die er mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund nur zu lösen imstande ist, wenn auch der VPOD. ihm seine Unterstützung leiht. Dabei will der FV. nicht etwa eine Konkurrenz zum Gewerkschaftsbund und auch keine gewerkschaftliche Überorganisation sein. Seine Aufgabe ist lediglich eine ergänzende Bewegung des gesellschaftlichen Aufbaues, die heute insbesondere auf der Abwehr der schon vorher erwähnten Angriffe basieren.

Schon vor dem jetzigen Anschluß waren von den 15 500 Mitgliedern des VPOD. etwa 700 Mitglieder dem FV. angeschlossen. Die Entwicklung der im FV. zusammengeschlossenen Organisationen, der nach dem Beitritt des VPOD. nun 71 500 Mitglieder zählt, darf als der Grundstein zum kommenden Gesamtverband des öffentlichen Personals der Schweiz angesehen werden. Zweifellos wird diese Arbeitsgemeinschaft auch zur Stärkung des gewerkschaftlichen Lebens beitragen, und insofern ist der Anschluß unserer Bruderorganisation an den FV. zu begrüßen.

Was muß man von der Volksfürsorge wissen?

Die Volksfürsorge ist ein von den Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1912 gegründetes Versicherungsunternehmen, geschaffen, um jedem Volksgenossen, ohne Ansehen der Person, der Partei und der Religion, eine gute und billige Lebensversicherung zum Selbstkostenpreis zu bieten.

Die Gründer haben der Zweckmäßigkeit wegen und auf den Rat Sachverständiger die Form der Aktiengesellschaft gewählt, durch die Art der Bestellung der Gesellschaftsorgane aber Sicherheit geschaffen, daß sie nicht eine Aktiengesellschaft im üblichen kapitalistischen Sinne werden kann. Auf das Aktienkapital in Höhe von 2,5 Millionen Mark ist 1 Million Mark in bar eingezahlt, während für die restlichen 1,5 Millionen Mark der Gegenwert in rechtsverbindlichen Verpflichtungen der Aktionäre vorhanden ist. Es ist je zur Hälfte von den Gewerkschaften und Genossenschaften gezeichnet. Die Aktien, 7000 an der Zahl, und zwar 5000 zu 100 Mk. (aus der Inflation gerettet) und 2000 zu 1000 Mk. (beschlossen im November 1927), bleiben in Händen der Gewerkschaften und Genossenschaften, dürfen nicht an der Börse gehandelt und nur mit Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat übertragen werden. Durch diese Bestimmungen ist die Garantie gegeben, daß der gewerkschaftlich-genossenschaftliche Charakter der Volksfürsorge nicht verwischt werden kann.

Organe der Gesellschaft. Die Organe der Gesellschaft sind: 1. Generalversammlung, 2. Aufsichtsrat, 3. Vorstand.

Diese Körperschaften, je zur Hälfte von den Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften Deutschlands besetzt, entscheiden in allen wesentlichen Fragen. Diese Einrichtung gewährleistet den demokratischen Charakter des Unternehmens.

Nach dem Organisationsstatut der Volksfürsorge werden auch die örtlichen Verwaltungskommissionen, die zur Ueberwachung und Förderung der Rechnungsstellen gebildet sind, je zur Hälfte aus Funktionären der Gewerkschaften und Genossenschaften zusammengesetzt. Auch hierdurch wird der Beweis erbracht, daß die Gründer sich des demokratischen Gedankens der Volksfürsorge bis in seine letzten Konsequenzen hinein bewußt gewesen sind. Es wird Sache der Genossenschaftler und Gewerkschaftler selbst sein, diesem Grundsatz dadurch Geltung zu verschaffen, daß die Verwaltungskommissionen in der gedachten Weise bestellt werden.

Aus unserer Bewegung

Blomberg. In der Versammlung am 18. April referierte Kollege Meißner über die jetzige wirtschaftliche Lage. Er schilderte die steigende Not der Arbeiter, die durch die Zahl der Arbeitslosen hervorgerufen wird. Die große Reservearmee drückt auf das Lohnniveau. Trotzdem jedem einzelnen das Gelpens der Arbeitslosigkeit droht, finden wir unter den Arbeitern recht viel Gleichgültige. Die große Zersplitterung der Arbeiter auf gewerkschaftlichem sowie politischem Gebiete trägt viel Schuld daran. Die Arbeiter kümmern sich viel zu wenig um das, was in ihrem Interesse liegt, beschäftigen sich aber mit allem, was von der Gegenseite an Verleumdungen über die Führer herausgegeben wird. Dringend notwendig ist daher, in fortgesetzter Aufklärungsarbeit auch den letzten Arbeiter zu einem gewerkschaftlichen Kämpfer zu erziehen. Nur so werden wir uns in der kommenden Zeit durchsetzen. Die vom Kassierer verlesene Abrechnung fand keine Beanstandung. Anschließend wurden dann die Zustände auf dem Friedhofe besprochen, namentlich die Entlohnung von zwei Kollegen. Die Kollegen von der Straßenbahn, die in Blomberg wohnen, wollten gern Mitglied in Blomberg werden. Jetzt zählen sie zu Horn. Dort können sie aber wegen der weiten Entfernung keine Versammlung besuchen. Den Kollegen wurde aber erklärt, daß es zweckmäßiger ist, wenn die Straßenbahner zusammen bleiben. Es steht jedem frei, an den Versammlungen in Blomberg teilzunehmen.

Bremen. In der Generalversammlung am 23. April referierte Genosse Hülsner, Berlin, über: „Die Betriebe der öffentlichen Hand und ihre Bedeutung für die Zukunft.“ Dann folgte der Geschäftsbericht, erstattet vom Kollegen Leiber. Durch die im ersten Quartal eingeleiteten Lohnbewegungen wurden Lohn erhöhungen von 2,30 Mk. bis 5,75 Mk. pro Woche durchgeführt. Die Mitgliederzahl zeigt eine Steigerung von 147 und ist damit auf 11 547 gestiegen. Zur Bildung der Mitglieder wurden neun Vorträge in den Kreisversammlungen bzw. einzelnen Fachgruppen abgehalten. Daneben wurde der Film „Brüder“, der einen außer gewöhnlichen Zuspruch fand, fünfmal gratis aufgeführt; viermal

vor den Mitgliedern des Gesamt-Verbandes und einmal vor der gesamten Gewerkschaftsjugend Bremens. Außerdem wurden noch acht verschiedene Flugblätter belehrenden Inhalts verbreitet. Bei den Betriebsratswahlen zeigte sich das betäubende Bild, daß die sogenannte „Opposition“ auf Befehl Moskaus in zwei Betrieben Sonderlisten aufstellte. Der erhoffte Erfolg für die Untertanen Moskaus blieb jedoch in beiden Betrieben aus; bei der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft mußten sie eine Niederlage einstecken, die ihnen zwei Mandate und einen enormen Verlust an Stimmen kostete, während die Liste der freien Gewerkschaften zwei Mandate gewann und über 200 Stimmen aufhobte. Auf dem Gaswerk hatten die Moskauer schon im Vorgefühl ihres Sieges die Mehrheit in der Tasche, mußten sich aber bei neun zu wählenden Arbeiterratsmitgliedern mit zwei Sigen begnügen. Bei der Bremer Straßenbahn hatten Christen und Hakenkreuzler gehofft, durch Gewinnung einer Anzahl Sitze im Arbeiterrat einen nennenswerten Einfluß ausüben zu können; sie mußten sich jedoch jeder mit einem Mandat abfinden, so daß zehn Sitze der Liste der freien Gewerkschaften zufielen. Bei der Firma Krager hatten einige sich „Christen“ Nennende, zum Teil frühere Anhänger des „Blutigen Knöchens“ und der Gelben, eine Zentrumsliste aufgestellt. Sie wurden ebenfalls arg enttäuscht; ganze elf Stimmen konnten sie aufbringen; die Liste der freien Gewerkschaften erhielt über 200 Stimmen und sieben Mandate. — Der vom Kollegen Sachs gegebene Kassenbericht zeigte deutlich die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den Unterstufungen für Erwerbslose. Insgesamt wurden an Unterstufungen im ersten Quartal 1930 36 405,20 Mk. ausbezahlt.

Hannover. In der Vierteljahres-Generalversammlung am 16. April war dem vom Kollegen Tröger erstatteten Geschäftsbericht zu entnehmen, daß die Organisation trotz der großen wirtschaftlichen Depressionen schöne Erfolge erzielen konnte. 655 Mitglieder konnten neu gewonnen werden. Die Mitgliederzahl stieg von 8320 auf 8787. Durch Tod schieden 24 Mitglieder aus. In 276 Versammlungen und Sitzungen wurde zu wichtigen Angelegenheiten Stellung genommen. An dem von der Organisation am 6. Abenden durchgeführten Bildungskursus über „Arbeitsrecht“ nahmen über 60 Mitglieder teil. Tarifbewegungen wurden im 1. Quartal vier eingeleitet, zum Abschluß konnte eine Bewegung geführt werden. 51 Vertretungen wurden an den Arbeitsgerichten und ordentlichen Gerichten wahrgenommen. Die ausgeklagte Summe beträgt 6248,92 Mk. Rechtsschutz wurde in 28 Strafsachen gewährt. In 12 Strafsachen, die im 1. Quartal zu Ende geführt wurden, wurden folgende Urteile gefällt: Freisprüche 4, Strafermäßigungen 2, Geldstrafen 5, Freiheitsstrafen 1. Die aufgewandten Rechtsschutzkosten hierfür betragen 821,50 Mk. Die Gesamteinnahme für die Orts- und Hauptkasse betrug 102 501,15 Mk., die Gesamtausgabe inklusive der Hauptkasse 92 583,58 Mk. An Unterstufungen wurden gezahlt 20 852,85 Mk. Die „Falkulta“ schließt ab mit 1211 Mitgliedern. An Schadenersatzleistungen und Todesfallunterstützung wurde ein Betrag von 1362,90 Mk. verausgabt. Der „Rentka“ gehören 123 Mitglieder an. Die Einnahme hierfür betrug 1875,60 Mk. Die der Organisation angegliederte Freiwillige Lokal-Sterbekasse zeigt einen Mitgliederbestand von 1972. An Sterbegeld wurden 2850 Mk. gezahlt. Der Kassenbestand beträgt 1393,58 Mk. Die sich nach dem vom Kollegen Warknecker erstatteten Revisionsbericht anschließende Diskussion war vom besten Geiste getragen und ließ erkennen, daß in Zukunft der Organisation weitere Erfolge beschieden sein werden. Zu der „Beschluffassung über eine neue Ortsfassung“ legte Kollege Tröger die Notwendigkeit der Einführung eines neuen Ortsstatuts dar. Ohne Diskussion stimmte die Generalversammlung dem Entwurf zu.

Holzminde a. d. Wejer. In der Versammlung am 12. April zeigte der Kassenbericht eine gute Entwicklung der Organisation. In der darauffolgenden Ergänzungswahl zum Vorstand wurde Kollege Dormann zum 2. Vorsitzenden, Kollege Oims zum Kassierer gewählt. Kollege Wachtendorf hielt dann einen Vortrag über „Wirtschaftsfragen“. Redner sprach einleitend über die Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise sowie über die Politik der führenden Wirtschaftspolitiker. Was lehrt uns diese Entwicklung? Wir müssen die Forderung erheben auf Herabsetzung der Altersgrenze für die Invalidenversicherung auf 60 bzw. 58 Jahre. Dann ging Redner näher auf die Regiearbeit ein. Die Unternehmer versuchen heute alle werdenden Betriebe zu entkommunalisieren, z. B. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Friedhöfe, Straßenreinigung und Müllabfuhr, da diese Betriebe eine wichtige Monopolstellung für die privaten Unternehmer bedeuten. Ueberall da, wo es dem Privatkapital gelungen ist, kommunale Betriebe an sich zu reißen, ist festzustellen, daß das öffentliche Interesse nicht gewahrt wird. Es müsse versucht werden, diese Betriebe in kommunaler Verwaltung zu erhalten und nach allen Seiten hin in einwandfreier Weise auszugestalten. Nachdem

Redner noch näher über die Zukunftsaufgaben unserer Organisation gesprochen hatte, schloß er mit dem Wunsche, daß es uns gelingen möge, überall dort, wo wir mit unserer Organisation noch nicht vertreten seien, festen Fuß zu fassen. Nach kurzer Debatte gab Kollege Müller den Kartellbericht, der in der Hauptsache sich mit der Maifeier befaßte. Anschließend wurde noch über organisatorische Fragen gesprochen und Kollege Wachtendorf wies darauf hin, daß im Laufe des Jahres die Abhaltung von Konferenzen geplant sei für die Filialvorsitzenden, Kassierer und für die Betriebsratsvorsitzenden. Diese Mitteilung wurde von der Versammlung sehr begrüßt. Weiter soll in Zukunft mehr wie bisher auf die Gewinnung der Beamten Gewicht gelegt werden. Hierzu ist die Mitarbeit eines jeden Kollegen erforderlich.

Leipzig. Der Gesamt-Verband hielt am 16. März die erste Quartals-Delegierten-Generalversammlung ab, in der die Kollegen Reder und Biach Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Verkehrsbundes und des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter im abgelaufenen Geschäftsjahr erstatteten. — Dem Bericht des Kollegen Reder ist zu entnehmen, daß der Verkehrsbund im Jahre 1929 33 Lohnbewegungen in 2632 Betrieben für 17295 Beteiligte führte, die mit einem wöchentlichen Mehrlohn von 45 822 Mk. abschloßen. In 607 Fällen wurde Rechtschutz gewährt, die Ausgaben dafür betrugen 20 000 Mk. Der Mitgliederbestand der Rechtschutz- und Haftpflichtversicherung betrug am Ende des Jahres 2551, die Einnahmen 32 777 Mk. und die geltend gemachten Schadenersatzansprüche an unsere Mitglieder 163 157 Mk. Der Verkehrsbund schloß das Jahr 1929 mit 17 064 Mitgliedern, hatte also im Berichtsjahr eine Zunahme von 1110 Mitgliedern. Die Ausgaben für Unterstützungszwecke betrugen 253 906 Mk. Das ist eine Mehrausgabe gegenüber 1928 um 130 438 Mk. Zurzeit bestehen 47 Tarifverträge. Die tägliche Arbeitszeit konnte für alle Gruppen auf 8 Stunden festgesetzt und die sozialen Verhältnisse und Urlaubsfragen verbessert werden. Kollege Biach ging auf die Lohnbewegungen der Gemeindearbeiter im vergangenen Jahre ein und beleuchtete die Schwierigkeiten, für die Staatsarbeiter bessere Lohnbedingungen zu erreichen. Die durch die Lohnkämpfe für die Leipziger Mitgliedschaft erreichte Lohnerhöhung beträgt rund 24 000 Mk. pro Woche. Die Haltung des sächsischen Gemeindebeamten-Bundes in der Frage der Gemeindebeamtenbesoldung hat dazu geführt, daß die Richtlinien über die Besoldung der sächsischen Gemeindebeamten aufrechterhalten wurden mit dem Erfolg, daß das Landeschiedsgericht die in langwierigen Verhandlungen mit den Gemeinden und vor dem kleinen Schiedsgericht erreichten Verbesserungen beseitigt. Seit Monaten steht die Organisation in Verhandlungen zwecks Abschluß eines zentralen Tarifvertrages für die sächsischen Gemeindeangestellten. — Kollege Kunze gab den Kassenbericht für den ehemaligen Verkehrsbund. Einer Gesamteinnahme von 853 966 Mk. stand eine Ausgabe von 679 624 Mk. gegenüber, so daß ein Lokalkassenbestand von 174 341 Mk. vorhanden war. — Aus dem Bericht des Kollegen Hessel ging hervor, daß der ehemalige Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband eine Einnahme von 138 050 Mk. und eine Ausgabe von 119 901 Mk. zu verzeichnen hatte. Die Lokalkasse wies am 1. Januar 1930 einen Bestand von 18 149 Mk. auf. — Nach dem Zusammenschluß der vier Organisationen zeigt die Lokalkasse einen Bestand von 195 848 Mk., dazu kommen noch Sachwerte in Höhe von 72 060 Mk. hinzu. — Nach einem Mitgliederzugang im 1. Quartal 1930 von 787, dem ein Abgang von 482 gegenüberstand, beträgt die Zahl der Mitglieder am Schlusse des 1. Quartals 24 445, die Zahl der Arbeitslosen 6255. Die Ausgaben für Rechtschutz betragen im 1. Quartal 5565 Mk., die für Unterstützung 70 744 Mk. Die Berichte weisen in jeder Beziehung eine gesunde Bewegung auf, die im Gesamt-Verband noch stärker in Erscheinung treten wird.

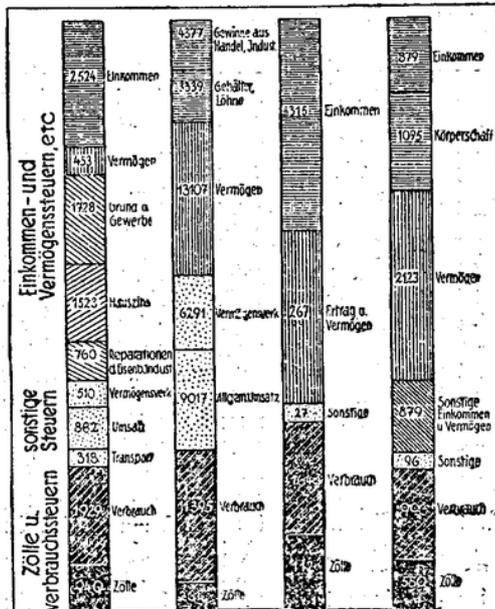
Internationale Rundschau

Arvid Thorberg †. Der schwedische Landesvorsitzende der Gewerkschaften, Arvid Thorberg, ist am 9. April 1930, kurz nach einer Rede im schwedischen Reichstag an einer Gehirnblutung plötzlich verstorben. Er ist am 13. April 1877 als Sohn eines Dieners geboren und kam, nachdem er den Tischlerberuf erlernt hatte, nach Stockholm, wo er sich der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratischen Partei anschloß. Nachdem er im Holzarbeiterverband einige Jahre Sekretär war, wurde er 1904 als Verbandsvorsitzender angestellt. Zum Sekretär der Landesorganisation wurde er 1908 berufen und 1920 folgte er Hermann Lindkvist als Vorsitzender der Landesorganisation. In dieser Eigenschaft wurde er zur internationalen sozialpolitischen Arbeit in Genf herangezogen, wie er auch dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes angehörte. Daneben war er seit 1921 Stadtverordneter in Stockholm und gehörte dem schwedischen Reichstag an. Thorberg war ungewöhnlich erfolgreich in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung und das Urbild eines guten Arbeiterführers. Sein gar zu frühes Ableben wird nicht nur in den schwedischen Arbeiterkreisen, sondern auch im Ausland schmerzlich vermerkt werden.

RUNDSCHAU

Kollege Karl Polenske 25 Jahre Verbandsangestellter. Der jetzige Reichsabteilungsleiter der Gemeindebetriebe und -verwaltungen und frühere 3. Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zählt nun auch schon zu den Jubilaren. Er wurde am 1. Mai 1905 in der Filiale Berlin des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes angestellt. Kollege Polenske wurde seinerzeit bei der Betriebsgasgesellschaft (TGA) als Vertrauensmann unseres Verbandes gemäßigert. Bald darauf trat er in das Ortsbüro Berlin ein, dessen 1. Bevollmächtigter er von 1919 bis 1928 war. Er hatte während dieser Zeit insofern einen außerordentlich schweren Stand, als die Zerrissenheit der Berliner Gewerkschaften durch den politischen Parteienstreit zeitweilig sich auch auf die Gewerkschaften übertrug, so daß es überaus schwierig war, den inneren Zusammenhalt zu wahren. Aber das verbindliche Wesen unseres Jubilars vermochte doch vielfach die Gegensätze so weit auszugleichen, daß ein Zusammenarbeiten trotz alledem möglich war. Wenn sich auch manchmal die Wogen in den Versammlungen recht stürmisch bewegten, so war doch nach seiner „Klarstellung“ die Situation zumeist im Interesse der Organisation gerettet und gesichert. Es konnte manche Bewegung zu einem relativ befriedigenden Abschluß gebracht werden, die andernfalls in ein Chaos auseinanderzugehen drohte. Durch die Verschmelzung zum Gesamt-Verband sind die Kollegen Müntner und Becker ihren früheren Aufgaben in der jetzigen Reichsabteilung der Gemeindebetriebe (ehemaliger Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter) entzogen worden. Kollege Polenske leitet nunmehr diese Reichsabteilung. Wie wir wohl auch jetzt schon sagen dürfen, ist seine vermittelnde Wirksamkeit auch hier als erfolgreich zu bezeichnen. Mit unsern Jubiläums-Glückwünschen verknüpfen wir gleichzeitig die Hoffnung, daß unser Kollege Polenske, der im 54. Lebensjahre steht, auch fernerhin sein bewegliches und vermittelndes Wesen behält zum Segen der ihm anvertrauten Kollegenchaft.

Das Steueraufkommen und seine Zusammenziehung in Deutschland, Frankreich, England und U.S.A. In diesem Schaubild wird unter möglicher Einbeziehung der Steuereinnahmen der staatlichen Unterverbände und Gemeinden ein Ueberblick über die Bedeutung der einzelnen Steuern und Hauptsteuergruppen innerhalb des Gesamtsteuersystems der einzelnen Staaten gegeben. Bei der Umrechnung in Goldmark wurde von der Fiktion einer für drei Untersuchungsjahre zwischen den einzelnen Währungen bestehenden Kaufkraftparität ausgegangen. Daraus ergibt sich, daß diese Zusammenstellung sich nicht als Grundlage für einen internationalen Steuerdruckvergleich eignet, da die in ihr enthaltenen Goldmarkziffern für die Volkswirtschaft der verglichenen Länder jeweils eine verschiedene Bedeutung haben. Für die Steuereinnahmen der staatlichen



Deutschland Frankreich England U.S.A.
 insges. 177 Milliarden RM 50 Milliarden frs 890 Millionen £ 6,6 Milliarden \$
 (1926/27) (1927) (1927/28) (1925/26)

Unterverbände und Gemeinden sind bei Deutschland und Frankreich die Steuern als Einnahmen genannt, was dann naturgemäß auch auf die Staatssteuern ausdehnt wurde. Hervorzuheben ist ferner, daß die Zahlen für die Vereinigten Staaten von Amerika mangels Unterlagen außer den Steuereinnahmen der Einzelstaaten nur noch die Steuereinnahmen der Gemeinden über 30 000 Einwohner enthalten. Im Jahre 1922 hatten die nicht berücksichtigten öffentlichen Körperschaften in Amerika 28,83 Proz. des Gesamteueraufkommens eingezogen.